

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK 1996–2016: 20 JAHRE BUNDESWEITER SERVICE IN BONN

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy

Projektkoordination: Claudia Leuschner

Redaktion: Christiane Becker

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert, Königswinter

Druck: Bonifatius GmbH

100% Recyclingpapier, CircleOffset White

Druck mit mineralölfreien Farben, CO₂-kompensiert

Bonn, Dezember 2016

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind selbstverständlich die Frauen gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.



Dieses Druckerzeugnis wurde mit dem Blauen Engel gekennzeichnet.

INHALT

- 4 Vorwort
- 7 Einleitung
- 9 Von Florenz über Mainz, Köln, Berlin nach Bonn
- 14 Gründung des Zentrums für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
- 16 Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne
- 19 Die Gründerjahre der SKEW
- 22 Aufbau und Etablierung der SKEW
- 26 Subsidiarität – *NGOs first!*
- 29 Die DIE-Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise
- 33 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
- 36 „Die SKEW – Eine der wichtigsten Innovationen in der Geschichte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“
- 40 Der Blick auf ein Bundesland
- 43 Von 2008 bis heute – Dynamischer Ausbau der Serviceangebote für Kommunen
- 49 Wo steht die Kommunale Entwicklungspolitik und wie geht es weiter?
- 53 Anhang: Abdruck des „Zwischenrufs“ der kommunalen Spitzenverbände und des RGRE vom 9. Februar 2017



© Martin Steffen, GLS Treuhand

Frieder Wolf

Leiter des Büros für Internationale
Angelegenheiten der Stadt Köln
Vorsitzender des Programmbeirates der
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

VORWORT

20 Jahre Kommunale Entwicklungspolitik

Globalisierung und Urbanisierung bestimmen das 21. Jahrhundert. Während die Welt zusammenrückt und immer städtischer wird, wachsen zugleich politische Strömungen, die Demokratie durch Populismus und Autokratie, Pluralität und Toleranz durch Fundamentalismus und Terror sowie Weltoffenheit durch Fremdenangst und Rassismus ersetzen wollen. Ob Demokratie und Freiheit Bestand haben, ob sie weltweit gestärkt oder geschwächt werden, das wird sich auch und gerade in den Kommunen entscheiden.

Weltinnenpolitik gelingt nur in einer Kultur der Kooperation, die Kommunen mit einschließt. Hier finden die Prozesse der Globalisierung ihren konkreten Niederschlag. Hier gelingt oder misslingt das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller, religiöser und nationaler Herkunft. Hier verkümmert oder wächst Demokratie.

Indem Kommunen nach innen wie nach außen global agieren, tragen sie entscheidend dazu bei, dass Bürgerinnen und Bürger mit der immer größer werdenden Komplexität umzugehen lernen und Globalisierung zukunftsfähig mit gestalten können – nicht nach den Maßstäben imperialer Macht, sondern dialogisch und partnerschaftlich, nicht gewaltsam, sondern zivil, und nicht autoritär und repressiv, sondern demokratisch und frei. Lokale Demokratie und kommunale Selbstverwaltung sind unverzichtbare Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung.

Internationale Städtekooperationen bilden eine eigene Sphäre der Außen- und Entwicklungspolitik. Das haben engagierte Kommunalpolitikerinnen und -politiker früh verstanden und so in den zurückliegenden Jahrzehnten auch vielfach selbstbewusst praktiziert.

1985 fand in Köln die erste europäische Konferenz „Städte und Entwicklungszusammenarbeit“ statt. Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen (NROs/NGOs) aus neun europäischen Städten nahmen daran teil. 1996, elf Jahre später, wurden die Kommunen auf der HABITAT-II-Konferenz in Istanbul erstmals offiziell von den Vereinten Nationen als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit anerkannt.

Spätestens mit dem im Juni 2010 gefassten Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit haben auch der Bund und die Länder die eigenständige Rolle von Kommunen im Bereich der Entwicklungspolitik bestätigt. In den im Mai 2015 verabschiedeten „Leitlinien der Bundesregierung zur internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Urbanisierung“ heißt es folgerichtig: „Das derzeitige internationale System fokussiert immer noch weitgehend auf die national-staatliche Ebene und erkennt die eigenständige Rolle der Städte oft nicht, sondern betrachtet sie nur als ‚Stakeholder‘. Zunehmend treten Städte aber allein oder in Zusammenschlüssen als eigenständige Akteure der internationalen Beziehungen auf.“

Das Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) haben als Scharnier zwischen Kommunen, Zivilgesellschaft, den Ländern und dem Bund maßgeblich zu diesem Paradigmenwechsel beigetragen. Das ZKE hat für diese Arbeit ab 1996 den Grundstein gelegt. In der darauf aufbauenden SKEW mit ihrer Beteiligungsstruktur und ihrem breit gefächerten Förder- und Vernetzungsangebot spiegelt sich das entsprechend wider. Aktuell gehören dem Programmbeirat, der die Servicestelle fachlich berät, 38 Expertinnen und Experten aus

Bundesministerien, Bundesländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden, Dachorganisationen der NROs sowie weiterer Institutionen der deutschen Entwicklungspolitik an. Der Programmbeirat wählt die Mitglieder der fünfköpfigen Programmkommission, in der ebenfalls alle politischen Ebenen vertreten sind und die als Beschluss- und Steuerungsorgan das jeweilige Jahresprogramm der Servicestelle zu verantworten hat. Dieser umfassende Mehrebenenansatz ist ebenso innovativ wie beispielhaft und könnte auch in anderen Politikfeldern Schule machen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2002 hat die Servicestelle der Kommunalen Entwicklungspolitik wichtige Impulse gegeben. Viele Projekte hat sie überhaupt erst möglich gemacht. Ihrem wachsenden Angebot stehen auf kommunaler Ebene aber allzu oft knappe Kassen gegenüber. So unverzichtbar Kommunen als Akteure der Entwicklungspolitik sind, so prekär sind bei dieser freiwilligen Aufgabe oft ihre eigenen personellen und finanziellen Ressourcen. Initiiert vom Programmbeirat hat die Servicestelle darauf mit den 2016 ins Leben gerufenen Förderangeboten „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ und „Kleinprojektfonds“ wichtige und richtige Antworten gegeben. Das strukturelle Dilemma in den Kommunen, die Kluft zwischen Potenzial und fehlenden Ressourcen, bleibt.

Keine andere politische Ebene ist so reichhaltig, so vielfältig und komplex wie die kommunale. Entsprechend mannigfaltig ist Kommunale Entwicklungspolitik. Die Servicestelle ist ein Laboratorium, das diese Vielfältigkeit produktiv werden lässt und kontinuierlich weiterzuentwickeln hilft.

Ihre Mannigfaltigkeit könnte Kommunale Entwicklungspolitik noch mehr zum eigenen Programm machen, zum Beispiel durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen größeren und kleineren Kommunen oder durch eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen benachbarter Länder, die in eine solche multilaterale Kooperation ihre je spezifischen Stärken einbringen und sich so gegenseitig bereichern könnten. Der Schlüssel zur Lösung kommunaler Probleme liegt in der Angebotsvielfalt bewährter Praktiken. Urbanität ist kein Privileg großer Städte.

Im Widerspruch zu ihrem globalen Auftrag und zur europäischen Idee bewegt sich die Förderung Kommunaler Entwicklungspolitik noch immer im überwiegend nationalstaatlichen Rahmen. Umso lohnender wäre es, durch die Verknüpfung nationaler Förderprogramme solche multilateralen Städtekooperationen künftig zum Regelfall werden zu lassen.



Gunther Beger

Leiter der Abteilung 1 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Grundsatzfragen EZ; Zivilgesellschaft, Kirchen und Wirtschaft; ländliche Entwicklung

© Hr. Neidhardt, BMZ

EINLEITUNG

*„Alles Leben ist lokal. Wir alle leben in einer Kommune. Sie ist der Ort, an dem wir die Zukunft gestalten.“
Bundesminister Dr. Gerd Müller*

Kommunen sind wichtige strategische Partner des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Wir brauchen das Wissen der Kommunen in Deutschland für die Entwicklungszusammenarbeit: in der Stadtplanung, im Klimaschutz oder beim Aufbau von bürgernahen Verwaltungen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Bedeutung der Kommunalen Entwicklungspolitik ist über die vergangenen 20 Jahre seit der visionären Gründung des Zentrums für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) stetig gewachsen. Die Beiträge dieses Bandes zeigen, welche wichtige Rolle zunächst das vor allem ehrenamtlich getragene ZKE und anschließend die darauf aufbauende Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) für diese Entwicklung hatten.

Die umfassende Beteiligung aller föderalen Ebenen sowie der kommunalen Spitzenverbände scheint ein zentraler Erfolgsfaktor des „Projekts“ SKEW. Über die Jahre war die SKEW stets ein Labor für neue, innovative Ansätze und für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Beratungs- und Förderangeboten. Heute engagieren sich mehr als 500 deutsche Kommunen in den Programmen der SKEW.

Die vorliegende Festschrift dokumentiert eindrücklich das bisher Erreichte. Sie ist aber auch ein Kompendium für alle, die die Kommunale Entwicklungspolitik weiter voranbringen möchten. Das BMZ steht bereit, um gemeinsam mit der SKEW entwicklungspolitisch motivierte Kommunen zu unterstützen und Anreize für noch mehr Engagement zu schaffen.

In diesem Sinne wünsche ich dem Band viele interessierte und engagierte Leserinnen und Leser.



Gunther Hilliges

Leiter des Landesamtes für
Entwicklungszusammenarbeit Bremen
von 1979 bis 2005

VON FLORENZ ÜBER MAINZ, KÖLN, BERLIN NACH BONN

Zur Geschichte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Die lokale nord-süd-politische Vernetzungsarbeit begann für mich als damaligen Vorsitzenden von terre des hommes im Oktober 1983 mit der Einladung zur Teilnahme am Kongress des Weltgemeindevverbandes International Union of Local Authorities (IULA) und der UNESCO nach Florenz. Ein niederländischer NRO-Kollege, Paul van Tongeren, vom National Committee for Development Organisations (NCDO) und ich griffen die Appelle verschiedener Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf, das Engagement von Nichtregierungsorganisationen (NROs/NGOs) auch an die lokale Ebene und nicht wie bisher üblich nur an die nationale Adresse zu richten. Schnell brachten wir ein Bündnis aus verschiedenen NROs der Niederlande und Deutschlands zustande, an dem sich auch Walter Leitermann für den Deutschen Städtetag und die Deutsche Welthungerhilfe beteiligten. Im September 1985 konnten wir

in Köln die 1. Europäische Konferenz zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eröffnen. Aus der Bundesregierung gab es Zustimmung im Beitrag der Staatsministerin Dr. Katharina Focke. Die Konferenz endete mit dem Kölner Aufruf „From Charity to Justice“ und bereits 1986 folgte mit Unterstützung der EU, der Niederlande und Bremens die Gründung der weltweiten Initiative Towns & Development.

In Madrid wurde im Juni 1988 zum Abschluss der europaweiten Kampagne des Europarates „Interdependenz und Solidarität“ beschlossen, die Ergebnisse der Kampagne in einen längerfristigen Arbeitsprozess zu überführen und dafür das Nord-Süd-Zentrum des Europarates in Lissabon zu gründen. Neben Parlamentarierinnen und Parlamentariern, NROs und Regierungen („Triolog“) sollten auch Kommunen beteiligt werden, daher später „Quadriolog“. Im Februar 1988 gelang in Bremen die Gründung des ersten Nord-Süd-Forums in Deutschland, dem später mehr als 100 Städte folgten.

Bereits im November 1988 kam es in Mainz zur ersten Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren und Initiativen, bei der das Angebot der Stadt Mainz, eine Koordinierungsstelle aufzubauen, dankbar angenommen wurde. Mit der guten Arbeit des Europäischen Koordinationsbüros in Mainz unter Leitung von Gerold Weisrock entstand eine Vielzahl neuer Aktivitäten, die bereits bei der 2. Bundeskonferenz im Januar 1990 in Bonn ihren Niederschlag in Forderungen an Bund und Länder zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit fand.

Kapitel 28 der Agenda 21, die im Juni 1992 in Rio verabschiedet wurde, veranlasste Towns & Development bereits im Oktober 1992 dazu, in Berlin einen weltweiten Kongress über die wachsende Bedeutung kommunaler Projekt- und Bildungsarbeit im Nord-Süd-Kontext zu organisieren. Die „Charta von Berlin“ wurde verabschiedet und im Juni 1994 durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages den Kommunen zur Umsetzung wie auch zum Start von lokalen Agenda-21-Prozessen einstimmig nahegelegt. Dies wäre ohne den engagierten Einsatz der Mitglieder des Bundestages (MdBs) Professor Dr. Uwe Holtz (SPD) und Professor Dr. Winfried Pinger (CDU) nicht gelungen.

Im Dezember 1994 beschlossen die Ministerpräsidentinnen bzw. Ministerpräsidenten der Länder zu ihren Aufgaben im Rio-Folgeprozess „alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um Länder, Kommunen, gesellschaftliche Gruppen einschließlich der NRO aktiv an diesem Prozess zu beteiligen“.

Die letzte Bundeskonferenz, die das Mainzer Büro organisierte, fand 1994 in Gießen statt, und es ist ein Gebot der Fairness, der Stadt Mainz für ihren Einsatz zu danken. Wer aber konnte in Zukunft diese Arbeit übernehmen? Auf der Suche kam mir das Berlin/Bonn-Gesetz zu Hilfe. Danach sollten Nord-Süd-Aktivitäten in Bonn als Ausgleich für den Hauptstadtverlust verstärkt werden. Meine Gespräche mit den Stadtratsfraktionen und dem Gustav-Stresemann-Institut führten 1995 zur Gründung des Zentrums für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) in Bonn. Den Hauptakteuren Hans Pakleppa und Dr. Dieter Danckwortt, die den Aufbau des ZKEs von 1995 bis 2001 hervorragend gestaltet und die Grundlagen für die Arbeit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) ehrenamtlich gelegt haben, gebührt große Anerkennung.

Die erste Konferenz des ZKEs wurde als 6. Bundeskonferenz unter dem drängenden Titel „Noch 107 Tage bis zum Ablauf der Frist am 31. Dezember 1996“ in Bonn durchgeführt. Hintergrund war der schleppende und im europäischen Vergleich beschämend niedrige Anteil von nur rund 200 lokalen Beschlüssen zur Lokalen Agenda 21 bei rund 17.000 deutschen Gebietskörperschaften. Diese geringen zwei Prozent veranlassten damals Dänen, Niederländer und Briten, die die 80-Prozent-Marke bereits überschritten hatten, vom „Entwicklungsland Deutschland“ zu sprechen. Die Frist zur Verabschiedung einer Lokalen Agenda 21 durch die Kommunen in der Welt war von der Agenda 21 gesetzt.

Zehn Jahre nach Mainz fand im November 1998 in Osnabrück die 7. Bundeskonferenz unter der Überschrift „Von Mainz nach Osnabrück“ statt, die eine Bilanz unserer Arbeit verabschiedete. Diese Bilanz wurde später in die Konzeption der SKEW aufgenommen. Ein denkwürdiger Vorgang, der Respekt verdient, da es leider nicht selbstverständlich ist, dass langjährige NRO- und Kommunenarbeit, die viel zum Bau der Servicestelle beigetragen hat, dann auch als solche ernst genommen und gewürdigt wird.

Afrika hat nach Rio (1992) und Johannesburg (2002) verschiedene Großkongresse der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durchgeführt, die sich mit der Umsetzung der Ergebnisse beschäftigten. Auch in Asien gab es ähnliche Anstrengungen. Mit der Fusion der beiden kommunalen Weltverbände IULA und United Towns Organisation (UTO) zum weltweiten Dach United Cities and Local Governments (UCLG) mit Hauptsitz in Barcelona haben sich auch die organisatorischen Voraussetzungen gegenüber der UN deutlich verbessert, die kommunale Stimme in den weltweiten Entwicklungsprozess besser einbringen zu können.

Bremen hat seit 1995 Vernetzungsprojekte im lokalen Agenda-21-Prozess in der SADC- (Southern African Development Community) und in der SAARC-Region (South Asian Association for Regional Cooperation) unterstützt und dabei viel über die Probleme der Kommunen im Süden, aber auch die großen Chancen internationaler kommunaler Kooperation gelernt. Towns & Development und ICLEI – Local Governments for Sustainability waren dabei wichtige Partner.

Als ich den Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages vom 20. April 2004 las, wollte ich erst meinen Augen nicht trauen, zu gegenwärtig waren mir noch Beiträge früherer Städtetagspräsidentinnen und -präsidenten bzw. Generalsekretärinnen und Generalsekretäre, die in unseren Bundeskonferenzen die Arbeit zwar ausdrücklich würdigten, aber dies nur persönlich aussagten, da die eigenen Gremien der kommunalen Spitzenverbände sich noch nicht zu einer positiven Entscheidung hatten durchbringen können. Nun also dieser Beschluss:

„Das Präsidium des Deutschen Städtetages ermutigt das Engagement deutscher Kommunen, durch Partnerschaften, Projektkooperationen und die Bereitstellung kommunaler ExpertInnen in Projekten von Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einen Beitrag zur Gestaltung der globalen Entwicklung zu leisten.“

Politische Bewusstseinsbildung ist in einer Mediendemokratie darauf angewiesen, dass neue Entwicklungen auch über die Medien transportiert werden. Was ich an früherer Stelle zum Ausbildungsstand im öffentlichen Dienst und generell zu unserem Bildungswesen in puncto Nachhaltigkeit gesagt habe, gilt verstärkt für die Flut von Informationen und Kommentaren, die wir über die Medien täglich erhalten. „Unsere Themen“ kommen dann prominent heraus, wenn sie sich mit karitativen Hilfsaktionen verbinden, weshalb wir dann gleich mit einem doppelten Problem belastet sind. Natürlich ist konkrete Hilfe gegenüber Menschen, die unter den Umständen, wie wir diese Welt organisiert haben, leiden, dringend und in noch viel größerem Maße erforderlich. Strukturelle Gewalt wird aber nicht durch Hilfsprojekte, sondern nur durch eine fortschrittliche, gerechtere Politik überwunden.

Kommunale Nachhaltigkeitsarbeit und ihre regionale oder gar internationale Vernetzung erscheint vielen Journalistinnen und Journalisten als zu theoretisch und wenig konkret. Hilfe eignet sich zudem besser, um von der eigenen Verantwortung für die globale Ungerechtigkeit abzulenken. Wir müssen auf diesem Gebiet viel ehrlicher werden und Vermittlungstechniken lernen. Die Nachhaltigkeitsarbeit aller Ebenen unserer

Demokratie muss in den Parteien und auch in der Journalistenausbildung sowie der des öffentlichen Dienstes viel besser verankert werden.

130.000 Kommunen gibt es in Europa, einige Tausend davon sind in unserem Sinne aktiv, soweit man sich auf die schwierig zu erhebenden Zahlenangaben verlassen will.

In der Präambel der Lissabon-Verträge verpflichtet sich Europa zu einer Politik der nachhaltigen Entwicklung. Dies wird ohne seine Kommunen – das heißt ohne die Bürgerinnen und Bürger – nicht gelingen. Wir stehen also weiterhin am Anfang einer aufregenden und spannenden Entwicklung und können mit ein wenig Stolz dieses Jubiläum 20 Jahre Kommunale Entwicklungspolitik und ihre Wurzeln würdigen.

Beschluss des Deutschen Bundestages vom 29. Juni 1994

„Stärkung der kommunalen Nord-Süd-Arbeit – Förderung der Lokalen Agenda 21 – Umsetzung der Charta von Berlin“

„[...] Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung die erste Nord-Süd-Konferenz der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), die in Berlin im Oktober 1992 durchgeführt wurde, unterstützt hat. Das europäische Konsortium von Towns and Development, dem wichtige europäische NRO und Städteverbände angehören, hat diese Konferenz mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des Europarates, verschiedener Bundesländer, Kommunen und deutscher NROs unter der Schirmherrschaft der Präsidentin des Deutschen Bundestages durchgeführt. Die in der Charta von Berlin zusammengefassten Ergebnisse und Aktionsprogramme sind inzwischen durch die Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas in Straßburg zur Grundlage der zukünftigen Arbeit der europäischen Kommunen gemacht worden: Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dieser neuen entwicklungspolitischen Kraft, die sich vor Ort um die Beteiligung der Bevölkerung durch den umfassenden Aufbau dezentraler Strukturen und Netzwerke kümmert, alle notwendige Unterstützung durch die jeweils zuständigen Einrichtungen zukommen zu lassen. [...]“



Hans Pakleppa

Geschäftsführer des Zentrums für
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
(ZKE) von 1995 bis 2002

GRÜNDUNG DES ZENTRUMS FÜR KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Das ZKE in der Bundesstadt Bonn

Das Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) wurde 1995 in Bonn als Nachfolgeeinrichtung des früheren Europäischen Büros für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz gegründet, um Kommunen und Nichtregierungsorganisationen bei Fragen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, einer damals für viele Kommunen noch neuen und fremden Aufgabe, zu beraten und zu unterstützen.

Voraussetzung hierfür waren zwei konvergierende Entwicklungen:

- Die Verabschiedung der Agenda 21 bei der Rio-Konferenz 1992 hatte zum Ziel die Schaffung eines globalen Bewusstseins samt der Fähigkeit, in universellen Zusammenhängen zu denken und zu handeln, wobei die Themen Umwelt und Entwicklung im Mittelpunkt standen.
- Nach dem Hauptstadtbeschluss 1991 und der sukzessiven Verlegung von Parlament und Regierung nach Berlin ging es darum, für die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn ein neues Profil als innovative und weltoffene UN-Stadt und Nord-Süd-Zentrum zu entwickeln. Dabei fiel dem ZKE die Aufgabe zu, Erfahrungsaustausch zu organisieren, eine Datenbank aufzubauen und einen Informationsdienst zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen.

Organisatorisch war das ZKE ein eingetragener, gemeinnütziger Verein, der mit seiner Geschäftsstelle im Gustav-Stresemann-Institut untergebracht war.

Rückblickend ist vielen für Unterstützung und Engagement zu danken: vor allem dem damaligen Vorsitzenden des Gustav-Stresemann-Instituts, Berthold Finkelstein, der dem ZKE mit großer Aufgeschlossenheit Arbeitsmöglichkeiten bot; Gunther Hilliges vom Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen, dem damals engagiertesten Bundesland in Fragen der Nord-Süd-Zusammenarbeit; vielen Bonner Kommunalpolitikern (nicht allen, manche blieben reserviert und distanziert), insbesondere der damaligen Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, die den Aufbau und die Arbeit des ZKEs mit großem Engagement unterstützte, und schließlich Dr. Dieter Danckwortt, der seine langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit nachhaltig einbrachte.

Zwar ist die kommunale Nord-Süd-Arbeit jetzt bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Bonn gut etabliert, aber es besteht überhaupt kein Grund zur Selbstzufriedenheit: Im Inland ist das Erstarken rechtspopulistischer Parteien Anlass zu Wachsamkeit und politischem Engagement; in vielen Entwicklungsländern wird immer mehr zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und nachhaltige Entwicklung behindert und bedroht – wir müssen also dranbleiben. Denn: Die beste Form der Zusammenarbeit von Menschen in Freiheit und Demokratie ist und bleibt nun einmal die Gemeinde!



Eberhard Neugebohrn

bis 2016 Geschäftsführer der Stiftung Umwelt und
Entwicklung Nordrhein-Westfalen
Mitglied der Programmkommission der
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
(SKEW) von 2002 bis 2004

„[...]“

UND JEDEM ANFANG WOHNTE EIN ZAUBER INNE

Der uns beschützt und der uns hilft, zu leben.

Wir sollen heiter Raum um Raum durchschreiten,
An keinem wie an einer Heimat hängen,
Der Weltgeist will nicht fesseln uns und engen,
Er will uns Stuf' um Stufe heben, weiten.
Kaum sind wir heimisch einem Lebenskreise
Und traulich eingewohnt, so droht Erschlaffen,
Nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise,
Mag lähmender Gewöhnung sich entrafen.

[...]“

Das ist ein schöner Entwicklungsoptimismus, den Hermann Hesse in seinem Gedicht „Stufen“ entfaltet. Er wurde jedoch angesichts der Errichtung der Servicestelle von vielen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs/NGOs) durchaus nicht geteilt. Besonders die Landesnetzwerke, die Vertreterinnen und Vertreter der kleinen, lokal arbeitenden Organisationen, begegneten ihr mit Zweifeln, Skepsis und Misstrauen. Was könnte bei dieser neuen Kreation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) schon herauskommen? Wurde da nicht wieder mal eine Institution etabliert, die ihnen mit dem Anspruch gegenübertrat, sie „bundesweit zu koordinieren“? Wenn man zentrale Strukturen haben wollte, würde man sie selber bilden. Und nun entstand dort ein neues staatliches Konstrukt, das womöglich den Anspruch erheben würde, sie zu repräsentieren, für sie zu sprechen oder das ihnen gar ihre guten Aktionsideen klauen könnte.

Es gab die Erfahrungen mit dem Bonner Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE), das durchaus seine Verdienste hatte, aber nach Meinung mancher Akteure auch einen unberechtigten, selbst mandatierten Anspruch der bundesweiten Koordination aufmachte. Es gab seit 1988 die Bundeskonferenzen der Nord-Süd-Foren (deren Tradition die Servicestelle mit ihren Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen und seit 2015 mit der Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik fortsetzt) mit ihren empathischen Deklarationen, an denen die Landesnetzwerke sich später zwar beteiligten, zu denen sie aber immer auch eine gewisse Distanz hielten.

Deshalb gestalteten sich die der Gründung vorausgehenden Debatten um Auftrag, Kompetenzen, Struktur und Partizipationsformen der Servicestelle ziemlich zäh und langwierig. Konsens herrschte schnell darüber, dass die kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten sich häufig auf Umwelt- und Naturschutzthemen beschränkten, Fragen der Internationalität viel zu kurz kamen und dass es hier einen Bedarf an zusätzlicher Unterstützung gab. Die dann gefundene Struktur mit dem Programmbeirat als großem Partizipationsgremium und der Programmkommission als kleinem Gremium mit steuernder Funktion war eigentlich ein großer Erfolg der zivilgesellschaftlichen Akteure.

Kurz nach Gründung der Servicestelle entstand die InWEnt gGmbH aus der Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE). Von der CDG erbt InWEnt die Trägerschaft der Servicestelle. Dort wurde kurz nach Gründung der Entwurf eines Sektor-Papiers diskutiert, in dem Kirchen und NROs in erster Linie als Zielgruppen vorkamen. Dies schien die Vorbehalte noch einmal zu bestätigen. Der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher

Nichtregierungsorganisationen (VENRO), dessen Vorstand ich damals angehörte, hatte demgegenüber Vorstellungen, die von den staatlichen Akteuren vor allem Komplementarität und Partnerschaft gegenüber der Zivilgesellschaft einforderten.

Als Vertreter der Nichtregierungsorganisationen wurde ich in die erste Programmkommission entsandt, der sonst noch Walter Leitermann für den Deutschen Städtetag und Uli Nitschke als Leiter der Servicestelle angehörten. Wir haben uns gut verstanden und auf Anhieb zu einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit gefunden. Einer unserer ersten Impulse war, die Servicestelle so schnell wie möglich auskunftsfähig zu machen – zu ihrem Selbstverständnis, zu ihrem Angebot an Kommunen und NROs und zum Stand ihres Aufbaus. Wir haben uns auch mal auf die Bremse gestellt, etwa gegenüber der Idee, in Johannesburg während der bevorstehenden „Rio + 10“-Konferenz ein Büro für die Kommunen und deutschen NROs zu eröffnen.

Aus unserer Sicht entwickelte sich der Aufbau der Servicestelle gut und planmäßig. Ich finde, dass Uli Nitschke und sein Team ihre Sache engagiert und mit großer Professionalität gemacht haben. Die grundsätzlichen Vorbehalte der Nichtregierungsorganisationen konnten wir nicht bestätigen. Indes – deren Skepsis konnte die Servicestelle nie ganz überwinden. Ich hätte mir von den NROs eine größere Bereitschaft gewünscht, ihr die Chance zu geben, ihr Profil zu entwickeln und ihre – durchaus komplementäre – Rolle zu finden. Die NROs hätten sie einfach als zusätzliche Ressource nehmen und schauen können, was sich mit ihr machen ließe und was nicht.

Und so kam es, dass die Servicestelle ihre Leistungen vor allem für die Kommunen entwickelte und ihre Rolle für die NROs hinter ihren tatsächlichen Möglichkeiten zurückblieb.

Ungeachtet dessen ist die Servicestelle heute als Teil von Engagement Global aus der Szene der wichtigen Akteure der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit nicht mehr wegzudenken.



Walter Leitemann

Stellvertretender Generalsekretär des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/Deutsche Sektion und Leiter des Europabüros des Deutschen Städtetages
Mitglied der Programmkommission der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von 2002 bis 2008

DIE GRÜNDERJAHRE DER SKEW

Eine Plattform für nachhaltiges Engagement von Kommunen

Mit der offiziellen Eröffnung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) am 17. Dezember 2001 wurde den Kommunen in Deutschland eine neue Plattform für ihr Engagement im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit angeboten. Die Servicestelle konnte dabei an die Arbeit des Zentrums für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) anknüpfen, das 1995 unter der Leitung von Hans Pakleppa und Dr. Dieter Danckwortt gegründet worden war und das wiederum die Arbeit des Europäischen Büros für kommunale Entwicklungszusammenarbeit bei der Stadt Mainz fortführte. Das Bemühen um eine breite Vernetzung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit hatte also eine durchaus wechselhafte Vorgeschichte. Mit der SKEW erhielt die Unterstüzerstruktur dann eine sowohl personell als auch finanziell nachhaltigere Architektur. Eine Frage, die damals durchaus gestellt werden konnte, hatte die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, gleich im ersten Satz des Vorworts zur Konzeption der SKEW selbst gestellt: „Mit einer zentralen

Struktur dezentrale Strukturen stärken [...]“ – und darauf auch eine Antwort gegeben:

„[...] nur ein scheinbarer Widerspruch; vielmehr eine Herausforderung für die neu zu schaffende Servicestelle ‚Kommunen in der Einen Welt‘, die entscheidend für ihren Erfolg oder Misserfolg werden wird.“

Um zumindest die institutionellen Vorkehrungen für eine Erfolgsgeschichte zu schaffen, ist die SKEW von Anfang an als eine partizipative Einrichtung konstruiert worden, mit einem Programmbeirat und einer Programmkommission, in der die beteiligten Akteure vertreten sein sollten. Ich durfte in der Programmkommission von ihrer konstituierenden Sitzung am 10. Januar 2002 bis zum Jahre 2008 für die kommunale Seite in der SKEW mitwirken – also gewissermaßen die Anfänge mitgestalten.

Die Basis des kommunalen Engagements in der Servicestelle war und ist das klare Bekenntnis der kommunalen Spitzenverbände und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu einer derartigen Einrichtung. Das Interesse an einer über den Tellerrand der eigenen Kommune hinausgehenden Befassung mit kommunalen Themen von globaler Bedeutung hatte mit der Konferenz von Rio im Jahre 1992 und den darauf aufbauenden Agenda-21-Prozessen in deutschen Kommunen zugenommen. Der damit einhergehende Informations- und Vernetzungsbedarf wurde für die kommunalen Spitzenverbände und den RGRE immer größer, sodass die Unterstützung, die sich mit der Einrichtung der SKEW anbot, dankbar angenommen wurde. Im Beirat, aber vor allem in der Programmkommission ging es darum sicherzustellen, dass das Serviceangebot der SKEW den Erwartungen und dem Anforderungsprofil der Kommunen an eine solche Stelle entsprach.

Diesen Auftrag in der Programmkommission umzusetzen war nicht von vornherein ein Selbstläufer. Denn es gab da die Interessen der SKEW selbst, die der Nichtregierungsorganisationen (NROs/NGOs), vertreten durch den Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), und ab der Mandatsperiode 2006 die der Bundesländer. Diese Mischung war für mich höchst interessant und lehrreich. In der verbandlichen Betreuung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit stehen (natürlich) die Kommunen und ihre Belange in diesem Bereich im Vordergrund, der Blick nach links und rechts – sprich NGOs und Länder – kommt da eher nicht vor. Die Programmkommission war in diesem Sinne ein interessanter Verknüpfungspunkt, der allen Beteiligten Einblicke in die Sicht- und Denkweisen des jeweils anderen bot. Vielleicht liegt das Geheimnis der erfolgreichen Arbeit der SKEW auch darin, dass sie es mit ihrer partizipativen Struktur schaffte, die Hauptakteure der kommunalen

Entwicklungszusammenarbeit an einen Tisch zu bringen, und sich dies auch in den Aktivitäten der SKEW spiegelte bzw. immer noch spiegelt.

Das erste Arbeitsprogramm der SKEW, das die Programmkommission in ihrer konstituierenden Sitzung am 10. Januar 2002 diskutierte und beschloss, ließ die Struktur der künftigen Ausrichtung der SKEW-Arbeit schon erkennen. Neben dem zu diesem Zeitpunkt verständlichen Punkt „Arbeits- und Auskunftsfähigkeit herstellen“ ging es um vier Kernbereiche, die die Arbeit der SKEW bis heute bestimmen: Information, Beratung, Qualifizierung und Netzwerkbildung. Markenzeichen der SKEW-Arbeit wie der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“, die Vermittlung der Idee der Bürgerhaushalte in die deutschen Kommunen und die Bundeskongresse der Kommunen und Nord-Süd-Foren (später: Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen, heute: Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik), eine Veranstaltungsreihe, die es zum Zeitpunkt der Gründung der SKEW schon gab, von ihr aber dann übernommen wurde, wurden in den Anfangsjahren konzipiert bzw. in das Programm der SKEW aufgenommen.

Das Team der Servicestelle – damals wesentlich kleiner als heute – hat permanent „über die Stränge geschlagen“: Es legte Arbeitsprogramme vor, die eigentlich mit dem vorhandenen Personal nicht zu schaffen waren. Aber es klappte in der Regel und das konnte eigentlich nur mit der unglaublichen Motivation und Einsatzbereitschaft des SKEW-Teams erklärt werden. Wir in der Programmkommission haben diesem Elan trotz schlechten Gewissens bezüglich der sich aus den Arbeitsprogrammen ergebenden Arbeitsbelastung (natürlich) keine Zügel angelegt. Wenn es in diesen Jahren überhaupt darum ging, etwas zügelnd zu wirken, dann galt es, im Eifer des Geschäftes darauf zu achten, dass die Servicestelle in erster Linie ihrer von uns so verstandenen Grundfunktion nachkommt, nämlich Ansprechpartner und Informant für die Kommunen und die NGOs zu sein, und nicht zu stark als eigener Akteur im Themenfeld der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, etwa durch eigene Veranstaltungen, in Erscheinung tritt.

Heute ist die SKEW ein anerkanntes Referenzzentrum, wenn es darum geht, Informationen und Kontakte rund um das Thema der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu bekommen. In den Städten, Gemeinden und Kreisen hat die kommunale Nord-Süd-Arbeit an Bedeutung und Aufmerksamkeit gewonnen. Beides steht in einem gewissen Zusammenhang.



Ulrich Nitschke

Programmleiter Werte, Religion und Entwicklung, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von 2001 bis 2008

AUFBAU UND ETABLIERUNG DER SKEW

Kommunen als starke Partner der Entwicklungspolitik

Der 17. Dezember 2001 wird wohl für immer in meinem Gedächtnis bleiben. Mit vielen Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern aus den Jahren der Eine-Welt-Arbeit durfte ich als Gründungsdirektor der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) den Beginn dieser neuen und bundesweit einmaligen Einrichtung begehen. Gemeinsam mit einem zunächst kleinen, doch kontinuierlich wachsenden Team von vier Mitarbeitenden gelang es, eine neue Qualität in die kommunale Eine-Welt-Arbeit, in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu bringen, wie wir damals sagten. Bis heute ist das der Fall, und ich darf hier kurz den wichtigsten Erfolgsfaktoren nachgehen. Die SKEW konnte nicht nur bestehen, sondern vielmehr ihre Wirkung für Kommunen und Zivilgesellschaft beständig verstärken und erweitern.

Was waren und sind die Faktoren, die zum Erfolg der neu geschaffenen Einrichtung führten? Eine Frage, die mir oft gestellt wurde und für die ich viele Erfolgsgrößen benennen kann. Einer der wichtigsten

Faktoren ist sicherlich das systematische Einbeziehen der wesentlichen Akteure der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Diesen Aktiven der Eine-Welt- und Agenda-Bewegung wollten die geistigen Mütter und Väter der SKEW im guten Wortsinne „dienen“. So trafen am Gründungstag im Bonner Kunstmuseum all jene zusammen, die am fast zweijährigen Beratungsprozess der neuen Servicestelle Kommunen in der Einen Welt beteiligt gewesen waren. Unter den vielen Engagierten waren drei Frauen, die ich hier besonders würdigen will: Heidemarie Wieczorek-Zeul, damalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bärbel Höhn, ehemalige Umwelt- und Eine-Welt-Ministerin der Landes Nordrhein-Westfalen, und die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann – drei Politikerinnen, die gemeinsam mit vielen anderen das Konzept der SKEW in ihre Häuser politisch unterstützt haben und entwickeln ließen, auch gegen Widerstände und unter systematischer Einbeziehung aller wesentlichen Akteure. Ein Konzept, das schließlich und wesentlich von der Vision vieler Träger geprägt ist: den kommunalen Spitzenverbänden, dem Verband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und den Eine-Welt-Landesnetzwerken sowie von den Erfahrungen von Agenda-Transfer, der Serviceeinrichtung für kommunale Nachhaltigkeitsprozesse, von der die SKEW wesentlich profitiert hat. Ein Konzept, das auch durch die Vorerfahrungen des „Eine-Welt-PromotorInnen“-Programms in Nordrhein-Westfalen geprägt war, da hier gezeigt wurde, was auch die Skeptiker einer verfassten Struktur für die kommunale Eine-Welt-Arbeit nicht bestreiten konnten: Es ist überaus gewinnbringend, eine professionelle Serviceeinrichtung zu schaffen, um die entwicklungspolitischen Aspekte einer nachhaltigen, wirklich zukunftsfähigen Entwicklung auf den Weg zu bringen. Wichtige Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter wie Albrecht Hoffmann, Dr. Maria Hohn-Berghorn, Gunther Hilliges, Hans Pakleppa, Dr. Dieter Dankwortt, Klaus Brückner, Udo Schlüter sollen hier nicht unerwähnt bleiben. Aber natürlich sind es viel mehr Menschen, die das Team kritisch begleitet haben, nicht alle können hier genannt werden.

Ein weiterer, ebenso wichtiger Erfolgsfaktor ist das einmalige Team der ersten drei, sehr unterschiedlichen und hoch motivierten Mitarbeitenden – die noch immer für die SKEW engagiert sind. Ihnen sowie den von der Stadt Bonn bereits seit Dezember 2001 jeweils abgeordneten Mitarbeitenden der SKEW gebührt besonderer Dank und Anerkennung, denn sie sorgten für die hohe Leistungsfähigkeit und ohne sie wäre die Weiterfinanzierung der Einrichtung nicht gelungen. Hinzu kommt eine Schar an freien Mitarbeitenden, die oft weit über das Maß der Verträge arbeiteten und zum Teil bis heute treu der Sache verpflichtet sind. Ich habe selten so ein motiviertes Team leiten dürfen.

Auch die heute sehr geschätzte Beirats- und Beteiligungskultur der SKEW gehört zu den starken Erfolgskriterien. Diese Struktur aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden sowie den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Zivilgesellschaft hat für eine hohe *ownership* und das Erreichen einer breiten Öffentlichkeit gesorgt. Programmbeirat und -kommission haben kontinuierlich und zuverlässig als wichtiges Korrektiv zur Ausrichtung der inhaltlichen Serviceangebote und Dienstleistungen der SKEW gewirkt. Wesentlich war auch die Souveränität der Führungskräfte der Trägerinstitutionen, die häufig toleriert haben, dass ich nicht immer den Dienstweg für den Königsweg hielt, und mich des Öfteren zähneknirschend gewähren ließen – ihrem Vertrauen danke ich noch heute.

Essenziell waren und sind jedoch vor allem die Inhalte und strategischen Themen, die wir erarbeitet haben, von denen ich nur einige exemplarische Höhepunkte und Meilensteine aufführen kann: Ein zentraler thematischer Stützpfiler war und ist Fairer Handel und Faire Beschaffung, der einen wirkungsvollen und immer stärkeren Beitrag zur Kommunalen Entwicklungspolitik leistet; hier trug die Einführung unseres bundesweiten Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handels“ im Jahr 2003 zur großen Popularität des fairen Gedankens in den Kommunen bei – die wachsende Zahl der Projekte und Bewerberkommunen spricht hier Bände. Auch dass andere Organisationen des Fairen Handels dies als Konzept einer „Fairen Stadt“ aufgegriffen haben.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit bedeutet natürlich auch ganz konkret Austausch und Begegnung. Deshalb war und ist es zentrale Aufgabe der SKEW, internationale kommunale Partnerschaften auszubauen und zu stärken. Folglich war sie denn der erste Ansprechpartner am Jahresende 2004, als die enormen Hilfsangebote angesichts des verheerenden Tsunamis in Südostasien koordiniert werden mussten. Die aus dem Stand gegründete Partnerschaftsinitiative der SKEW übernahm die zentrale Steuerung der überwältigenden Hilfsbereitschaft, hier wurden Solidarität und Engagement der Kommunen, Bundesländer, Schulen, Vereine, Einzelpersonen und Unternehmen in nachhaltige Projekte umgesetzt. Dabei ist es der partnerschaftliche Austausch auf Augenhöhe, der es ermöglicht, Lösungen für globale und zugleich kommunale Herausforderungen zu finden – so etwa auch durch SKEW-Projekte wie das „Host City“-Projekt zwischen den deutschen und südafrikanischen Austragungsorten der Fußballweltmeisterschaften 2006 und 2010 und die Bürger- und Beteiligungshaushalte. Diese strategischen Themen und Ansätze Kommunalen Entwicklungspolitik rechtzeitig, besser zur gegebenen Zeit aufzugreifen und sie zu Handlungsansätzen für kommunale Akteure aufzubereiten, das ist entscheidend. Nicht immer waren die Geldgeber, der Träger oder die viel gelobten Beteiligungsstrukturen der SKEW von Beginn an so

begeistert wie der Leiter und sein Team. Aber mit den Jahren hat sich eine Gewissheit etabliert, die heute manchmal selbstverständlich erscheint; aber sie bedarf der Pflege und politischen Absicherung durch die tragenden Pfeiler der SKEW.

Dass persönliche Begegnungen ganz wesentlich sind, zeigen die Erfahrungen vieler Veranstaltungen. Eine dieser erfolgreichen Veranstaltungsreihen ist die der Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen, die 2004 erstmals unter Federführung der SKEW und zudem erstmals in Ostdeutschland stattfand. Hier gelang es, die verschiedenen entwicklungspolitischen Akteure zusammenzuführen und zugleich diese wie auch weitere Veranstaltungsreihen als Ausdruck der steigenden Bedeutung der kommunalen Ebene im internationalen Raum zu etablieren.

Ebenso trug die nationale Kampagne zu den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen dazu bei, Kommunen als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung zu etablieren – heute spielen sie eine verdiente und explizite Rolle in den *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen, SDG 11 in der Agenda 2030.

Ein weiteres Arbeitsfeld, das wir von Anfang an bearbeitet haben, betrifft die finanzielle Förderung der kommunalen Entwicklungspolitik. Der von uns 2003 eingeführte Finanzierungsratgeber ist dabei eines der ersten *tools*, das den großen Bedarf der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Finanzierung ihrer kommunalen Entwicklungspolitik aufgegriffen hat.

Und auch dieses Themenfeld haben wir in unseren ersten Jahren als zukunftsweisend erkannt: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene. Dank eines wegweisenden Gutachtens und Pilotprojekts konnten wir dieses neue Handlungsfeld erschließen, das heute eines der vier zentralen Zukunftsthemen der SKEW darstellt und aktuelle Entwicklungen begleitet und beantwortet.

Ich bin für die vielen wertvollen Erfahrungen und Erinnerungen dankbar, die ich mit dem Team, den Freundinnen und Freunden, Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern der SKEW sammeln konnte, und freue mich, dass unsere gemeinsame Arbeit nicht nur Bestand hat, sondern immer mehr Früchte für die Kommunen und Menschen vor Ort trägt!



Hannes Philipp

Geschäftsführer Verband Entwicklungspolitik
Niedersachsen (VEN) von 1992 bis 2013
Mitglied des Programmbeirates der
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
(SKEW) von 2007 bis 2014

SUBSIDIARITÄT – NGOs FIRST!

Als langjähriges Mitglied des Programmbeirates der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) möchte ich gerne auf den für beide Seiten nicht immer problemlosen Weg hin zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen (NROs/NGOs) und SKEW erinnern.

Nicht immer einfach – aber durch ständige Präsenz und die Inputs zur Struktur und zu den Inhalten der SKEW durch NROs ist es aus meiner Sicht gelungen, eine Zusammenarbeit der kritischen Auseinandersetzung, der gegenseitigen Inspiration und in vielen Fällen ein gemeinsames Vorgehen zum Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen.

In den ersten Jahren waren wir im Programmbeirat alle zusammen „Suchende“ für die Ziele, Aufgaben und Programme der SKEW. In der Zusammenarbeit mit dem ersten Leiter Ulrich Nitschke, der aus dem NRO-Umfeld kam, gab es sehr unterschiedliche Vorstellungen zwischen der agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland, dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und anderen Gestaltern der SKEW. Die Schaffung der

Servicestelle war eben auch eine große Chance. Naturgemäß konnten nicht alle Chancen genutzt werden und alle Beteiligten sich wiederfinden. Aber gibt es das in irgendeiner Organisation?

Kurzer Rückblick: Pünktlich zu Rio + 10 sollte die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ihre Arbeit aufnehmen. Die Mehrzahl der Bundesländer und die Bundesregierung hatten eine finanzielle Förderung zugesagt, mit der die zentrale Servicestelle in Bonn starten konnte. Die Trägerschaft der Servicestelle sollte allein die Carl Duisberg Gesellschaft (!) übernehmen, die hierfür auch ihre dezentralen Strukturen in den Ländern, die CDG-Landesstellen, nutzen sollte.

Das Ziel: Die neue Servicestelle sollte Dienstleister sein für Kommunalverwaltungen, NROs, Institutionen, Firmen, Medien, Multiplikatoren, ehrenamtlich Tätige oder interessierte Einzelpersonen. Also fast für „alle und alles, was sich tummelt“. Wesentlicher Schwerpunkt sollte es sein, die kommunalen Verwaltungen für die Eine-Welt-Thematik zu gewinnen und sie dabei zu unterstützen – angesichts der damals minimalen Ausstattung der Servicestelle (fünf Personen in der Bonner Zentrale) eine wirkliche Herausforderung.

Zur Erinnerung: Die Landesnetzwerke arbeiteten schon seit Jahren gemeinsam mit anderen NROs und staatlichen Stellen (Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen) an Ideen und Konzepten für eine solche Servicestelle. Neben Zielen, Aufgaben und Instrumenten standen auch Trägermodelle im Zentrum der Diskussion, die eine Kooperation der verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure „auf Augenhöhe“ ermöglichen sollten. Trägermodelle, die diesen Ansprüchen genügten, verfolgten das Konzept verschiedener Träger sowie die Gründung eines Trägervereins, in dem die unterschiedlichen Akteure Mitglied sind.

Als im Sommer 2000 die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) die Arbeit an der Studie für die geplante Servicestelle begann, haben die Landesnetzwerke folgende Punkte in die Diskussion eingebracht:

- Lokale Eine-Welt-Politik lebt in erster Linie von den Aktivitäten der lokalen Eine-Welt-Initiativen, -NROs und -Zentren. In einer Vielzahl von Kommunen waren diese Motor der lokalen Agenda-Prozesse.
- Ohne die engagierte Mitarbeit der zivilgesellschaftlichen Initiativen und NROs besteht die Gefahr, dass die Servicestelle ein „bürokratischer Wasserkopf“ wird.
- Die lokalen Initiativen haben sich selbst in vielen Städten über lokale Netzwerke, Landesnetzwerke bis hin zur agl und VENRO auf Bundesebene vernetzt.

- Die Initiativen und ihre Netzwerke sind nicht Zielgruppe der Servicestelle, sondern sie sind Akteure und Mitträger der Servicestelle.
- Eine Einbindung von agl und VENRO in Programmbeirat oder -kommission ist keine ausreichende Beteiligung.

Die entwicklungspolitische Inlandsarbeit von NROs und Eine-Welt-Landesnetzwerken und der SKEW – heute

Entwicklungspolitische Inlandsarbeit trägt zur Gestaltung einer zukunftsfähigen und international vertraglichen Entwicklung maßgeblich bei. Sie ermutigt und befähigt die Zivilgesellschaft sich für eine solche Entwicklung im lokalen, nationalen und internationalen Rahmen aktiv und sachkundig zu engagieren. Initiativen und Nichtregierungsorganisationen leisten einen großen und wachsenden Beitrag in allen Teilbereichen dieses politischen Feldes. Dies entspricht der Ausrichtung am Leitbild eines aktivierenden Staates und an den Prinzipien der Komplementarität und Subsidiarität. Daraus leiten die NROs und die Landesnetzwerke ihre Form von Angeboten ab und wenden sich an zivilgesellschaftliche Zielgruppen, Schulen und an die Politik mit dem Ziel der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements.

Grundlage von Kooperationen zwischen der SKEW und NROs ist die erfolgte Klärung der Dialog- und Zielgruppen. Öffentliche Verwaltungen (Bund, Länder, Kommunen) sind die Zielgruppe der SKEW. Aber auch die agl und andere NROs können sich mit ihren Angeboten an Städte und Gemeinden wenden.

In den öffentlichen Verwaltungen ist durch die Arbeit der SKEW in den vergangenen Jahren vieles geleistet worden – es mangelt aber nicht an neuen und alten Aufgaben, die die SKEW bearbeiten muss. Dass dies nur gemeinsam mit den NROs möglich ist, ist heute keine Frage mehr.

Durch transparente Kommunikation und Konsultation von NROs in frühen Planungsstadien von künftigen Vorhaben kann die SKEW die Vertrauensbasis für eine gute Zusammenarbeit und Kooperation nochmals stärken. Die Aktionsfelder von Eine-Welt-Landesnetzwerken bzw. NROs und der SKEW können sich somit wunderbar ergänzen. Als eine wichtige Voraussetzung hierfür sehe ich auch weiterhin Abstimmungen über grundsätzliche Zielsetzungen sowie über unterstützende Rahmenbedingungen – für die SKEW und die NROs gleichermaßen. Denn bei den vielen Aktivitäten und angesichts wachsender Aufgaben, Akteure und Netzwerke gilt es auch, immer wieder an das uns im Föderalismus leitende Prinzip zu erinnern: Subsidiarität – *NGOs first!*



Dr. Jürgen Wiemann

Mitglied des Programmbeirates der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) seit 2015
Projektleitung der Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“

DIE DIE-STUDIE ZUM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN ENGAGEMENT DEUTSCHER STÄDTE, GEMEINDEN UND LANDKREISE

Ende 2007 griff das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) den Wunsch der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) auf, die Kommunale Entwicklungspolitik (KEPol) in Deutschland vor dem Hintergrund der internationalen Erfahrungen und der Debatte um eine generelle Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit in Richtung Partnerorientierung und Wirkungsverbesserung durch Geberkoordinierung („Paris Declaration on Aid Effectiveness“) einmal wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Eine Nachwuchswissenschaftlerin und ein Nachwuchswissenschaftler wurden damit betraut, den aktuellen Stand der entwicklungspolitischen Aktivitäten deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise

zu erheben. Die Autorin und der Autor¹ führten im Laufe des Jahres 2008 eine Befragung von über 1.000 deutschen Städten und Kommunen mithilfe eines detaillierten Fragebogens durch. Die Ergebnisse der Erhebung wurden dann mit der internationalen Diskussion über Entwicklungspolitik von Kommunen und Wirkungsverbesserung der Entwicklungszusammenarbeit generell verglichen. Außerdem wurden die nicht immer förderlichen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland dargestellt. Abschließend wurden Schlussfolgerungen zur Verbesserung der KEpol gezogen. Nach Einschätzung der SKEW hat die DIE-Studie dazu beigetragen, die Rahmenbedingungen für die KEpol deutscher Städte zu verbessern. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der DIE-Studie vorgestellt.

Wesentliche Anstöße erhielt die KEpol durch die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED, Rio de Janeiro 1992) und den davon ausgehenden Agenda-21-Prozess, von der die Kommunen in Industrie- wie Entwicklungsländern als wichtige Akteure sowohl der Umwelt- als auch der Entwicklungspolitik anerkannt und dazu aufgerufen werden, ihrer globalen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung gerecht zu werden. Auf europäischer Ebene wurden die Kommunen 2008 von der Europäischen Kommission als entwicklungspolitische Akteure anerkannt, ihre entsprechenden Aktivitäten können aus dem Budget der Kommission für Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden. Als Aufgabenfelder für die Kommunen werden in den einschlägigen internationalen Beschlüssen und Empfehlungen Demokratieförderung, Dezentralisierung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in den Partnerstädten genannt. Ein gewisses Risiko wird allerdings darin gesehen, dass unkoordinierte Aktivitäten der Kommunen die Aufnahmekapazitäten der Partnerländer und ihrer Kommunen überfordern und den neuen Prinzipien der Geberharmonisierung (Paris-Deklaration) entgegenwirken können.

Deutsche Kommunen können sich für entwicklungspolitisches Engagement sowohl auf die Bundesregierung als auch auf verschiedene Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) berufen. Trotzdem bleibt die rechtliche Grundlage der Auslandsaktivitäten der Kommunen – je nach Bundesland – unsicher, weil es an einer Verankerung in den Gemeindeordnungen der Länder und in den Länderverfassungen fehlt. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern gab es zum Zeitpunkt der Erhebung für die Studie in Deutschland keine Unterstützung der KEpol aus dem Bundeshaushalt oder aus

1 Katrin Fröhlich, Bernd Lämmlein: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise (Discussion Paper 1/2009), hrsg. von DIE – Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn 2009. www.die-gdi.de/uploads/media/DP_1.2009.pdf [letzter Zugriff 17.10.2016].

den Haushalten der Bundesländer. Daher mussten die Kommunen auf eigene Mittel zurückgreifen und sich um Drittmittel, zum Beispiel durch Zusammenarbeit mit lokalen Nichtregierungsorganisationen und der Wirtschaft, bemühen.

Für die Bestandsaufnahme des entwicklungspolitischen Engagements deutscher Kommunen und ihrer Motivation, sich entweder in diesem Politikfeld zu engagieren oder davon abzusehen, wurde ein umfangreicher Fragebogen erarbeitet und an 1.292 Kommunen verschickt, die zum Thema KEpol in Kontakt mit der SKEW oder den kommunalen Spitzenverbänden standen. Trotzdem lag die Rücklaufquote nur bei 16 Prozent. Und von den etwa 200 antwortenden Kommunen waren wiederum nur 60 entwicklungspolitisch aktiv, während die nicht aktiven Kommunen vor allem mangelnde personelle und/oder mangelnde finanzielle Ressourcen als Hindernis angaben. Daher ist es kein Wunder, dass in erster Linie Städte entwicklungspolitische Aktivitäten gemeldet haben. Deren entwicklungspolitische Engagement hängt meist davon ab, ob die (Ober-)Bürgermeisterin bzw. der (Ober-)Bürgermeister die KEpol als „Chefsache“ betrachtet und die nachgeordneten Verwaltungsebenen entsprechend motiviert. Eine wesentliche Rolle spielt auch die Zivilgesellschaft, die oft das entwicklungspolitische Engagement der Kommune anstößt und sich an der Umsetzung beteiligt. Die KEpol lebt auch von Initiativen aus der Bürgerschaft, also von Schulen und Universitäten, Eine-Welt-Vereinen, Kirchen, Kultur- und Sportvereinen und Unternehmen. Auch Umweltgruppen, migrantische Vereine und Handwerks- bzw. Handelskammern bringen sich in die KEpol ein.

Für die meisten Kommunen ist die Handlungsmaxime der Lokalen Agenda 21 – „Global denken, lokal handeln“ – Leitmotiv ihrer KEpol. Daher steht die Inlandsarbeit im Vordergrund, also Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch nachhaltige Beschaffungspolitik für den kommunalen Bedarf. Etwas mehr als die Hälfte der entwicklungspolitisch aktiven Kommunen gab an, auch in Entwicklungsländern tätig zu sein. Darüber hinaus erwähnte ein weiteres Fünftel der antwortenden Kommunen ihre Partnerschaften mit Kommunen in den Transformationsländern des ehemaligen Ostblocks. Bei den Auslandsaktivitäten handelte es sich meist um klassische Städtepartnerschaften. Sie beinhalten regelmäßige Kontakte mit den Partnerstädten und ziehen in geringerem Umfang auch Projektpartnerschaften nach sich. Die meist erst in den 1990er-Jahren entstandenen Städtepartnerschaften mit Kommunen in Entwicklungs- und Transformationsländern wurden von den deutschen Partnerstädten überwiegend als gut bis sehr gut eingeschätzt, nur in sehr wenigen Fällen war der Kontakt mangels wechselseitigen Interesses eingeschlafen.

Im Sinne effektiver Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Akteuren und Ebenen der deutschen Entwicklungspolitik sollten die Kommunen, so die Schlussfolgerungen der DIE-Studie, im Inland den Schwerpunkt ihrer entwicklungspolitischen Aktivitäten auf Informations- und Bildungsarbeit unter Einbeziehung der verschiedenen Akteure in der Kommune (Bildungseinrichtungen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft) legen. Die Kommunalverwaltung selbst kann und sollte zur global nachhaltigen Entwicklung durch faire und nachhaltige Beschaffungspolitik beitragen. Im Rahmen von Städtepartnerschaften sollten die deutschen Kommunen ihr fachliches Know-how zur Verbesserung kommunaler Dienstleistungen der Partnerstädte und ihrer kommunalen Selbstverwaltung einbringen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen können dann wieder in die eigene Informations- und Bildungsarbeit einfließen.

Im Hinblick auf verbesserte Geberkoordinierung wurden Bund und Länder aufgerufen, das spezifische entwicklungspolitische Potenzial von Städten und Gemeinden zu erkennen und die komparativen Vorteile Kommunalen Entwicklungspolitik im Rahmen eines abgestimmten entwicklungspolitischen Vorgehens von Bund, Ländern und Kommunen zu nutzen.



Dr. Maria Hohn-Berghorn

Leiterin Liaison Office Internationale Wissenschaft, Bundesstadt Bonn
 Mitglied im Leitungsgremium des Zentrums für Kommunale
 Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) von 1996 bis 2001
 Mitglied des Programmbeirates der Servicestelle Kommunen in der
 Einen Welt (SKEW) von 2002 bis 2012

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Bonns Beitrag zu einer internationalen Erfolgsgeschichte

Vor 20 Jahren war kommunale Entwicklungszusammenarbeit noch eine Vision, fast ein Traum. Es war ein langer, oft mühsamer Weg, aber heute ist dieser Traum Wirklichkeit geworden: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellt deutschen Städten und Gemeinden finanzielle Mittel zur Verfügung, damit sie sich gemeinsam mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern den großen Herausforderungen für die Städte des 21. Jahrhunderts stellen: Klimawandel, Infrastruktur, Mobilität, Migration, demografischer Wandel, ... Seit Kurzem können sogar Mittel für neue, zeitlich begrenzte Personalstellen zur Durchführung solcher gemeinsamer Projekte beantragt werden. Die Städte der Welt brauchen Erfahrungswissen, Zusammenarbeit, Synergien – und dies geht nur miteinander im Rahmen einer globalen kommunalen Zusammenarbeit.

Hätten wir uns das vor 20 Jahren vorstellen können? Und hätten wir zu hoffen gewagt, dass es eine schlagkräftige, personell gut ausgestattete Organisation geben würde, die das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen unterstützt? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), heute eingegliedert in der in Bonn beheimateten Engagement Global gGmbH, ist Dreh- und Ankerpunkt der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland geworden.

Anfang der 1990er-Jahre glaubte in Deutschland nur ein kleines Häufchen Engagierter an die Wirkkraft der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Stadt Bonn gehörte dazu. Denn sie hatte im Rahmen ihrer mit Mitteln des TRANSFORM-Programms der Bundesregierung geförderten Partnerschaft mit Minsk erfahren dürfen, wie effektiv und zielführend gemeinsame Projektarbeit sein kann.

Als im Jahre 1995 nun das kleine Europäische Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Mainz vor dem Aus stand, sprang Bonn beherzt ein. Die damalige Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann versammelte mögliche Unterstützerinnen und Unterstützer im Sternzimmer des Alten Rathauses und machte deutlich, dass Bonn als Vorreiter mit diesem neu zu entwickelnden Tätigkeitsfeld auch sein internationales Profil schärfen könne. Die Botschaft fand Gehör: Der Rat der Stadt Bonn stimmte zu, die Stadt Bremen sicherte Unterstützung zu, das Gustav-Stresemann-Institut stellte Räumlichkeiten zur Verfügung, Hans Pakleppa und Dr. Dieter Danckwortt waren zu einem ehrenamtlichen Einsatz bereit. So konnte das Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) am 17. Januar 1996 in Bonn seine Arbeit aufnehmen.

Parallel dazu arbeitete die Stadt Bonn das „Konzept für Internationale Kontakte“ aus. Es wurde am 22. April 1999 vom Rat verabschiedet und enthielt neuartige Ansätze für konkreten kommunalen Erfahrungsaustausch in Projekten. Bonn war sich dabei stets bewusst, dass Städte mit ihren besonderen Stärken eine sinnvolle Ergänzung zur staatlichen und nicht staatlichen Entwicklungszusammenarbeit leisten, sie aber keineswegs ersetzen können: Städte können Fachkräfte für einen begrenzten Zeitraum entsenden, thematische Netzwerke initiieren, Informationen und Erfahrungsaustausch anbieten, Türen zu größeren investiven Maßnahmen öffnen und – in schwierigen politischen Situationen – oftmals das fortsetzen, was auf höherer staatlicher Ebene nicht mehr möglich ist. Sie können darüber hinaus Entwicklungszusammenarbeit für die Bürgerinnen und Bürger greifbar und begreifbar machen.

Als die Stadt Bonn 1999 ihr internationales Konzept beschloss, hatte der bereits auf der Rio-Konferenz formulierte Gedanke stärker an Boden gewonnen, dass wir in einer globalisierten Welt ohne die Beteiligung der Kommunen die Herausforderungen der Zukunft nicht werden bewältigen können. Zahlreiche große internationale Konferenzen initiierten begleitende Bürgermeisterforen. Die Freiwilligenorganisation der Vereinten Nationen (UNV) legte ein Programm für den Einsatz von *volunteers* für kommunale Entwicklungszusammenarbeit auf. Die EU startete Programmlinien wie zum Beispiel „TACIS City Twinning“, an denen sich auch Bonn beteiligte. Auf Bundesebene gab es zu diesem Zeitpunkt jedoch kaum Fördermöglichkeiten.

Das Bewusstsein auf bundespolitischer Ebene dafür zu wecken, dass die Städte einen ganz wesentlichen Beitrag zur globalen Zukunftssicherung leisten, gelang Anfang des neuen Jahrtausends der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unter ihrem Leiter Ulrich Nitschke. Durch glückliche Umstände war es im Jahre 2001 gelungen, das ZKE in eine professionelle Struktur zu überführen und als Teil eines neuen Geschäftsfeldes der Carl Duisberg Gesellschaft (CDG), später InWEnt zu etablieren. Die Servicestelle wurde am 17. Dezember 2001 offiziell eröffnet. Die SKEW griff aktuelle Themen auf, wie zum Beispiel die Weitergabe von Erfahrungen bei der Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2006 an den Gastgeber 2010, Südafrika; sie thematisierte die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten als „Brückenbauer“ für die Entwicklung in ihren Heimatländern und sie nutzte die Schubkraft der Bundeskanzlerininitiative nach dem Tsunami 2005, um die Rolle der Städte als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit noch stärker zu profilieren. Die Stadt Bonn als Mitglied des Programmbeirats unterstützte dieses Vorgehen und stellte der SKEW auch eine städtische Fachkraft für zehn Jahre zur Verfügung. Eine lohnende Investition, denn 2010 war die Zeit reif für die Anerkennung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durch den Bund-Länder-Ausschuss. Bonn war in der Arbeitsgruppe vertreten, die diesen Beschluss vorbereitet und mit durchgekämpft hat.

Seit dem 26. Januar 2012 ist die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bei Engagement Global beheimatet und wächst und entwickelt sich stetig. Die Stadt Bonn darf stolz darauf sein, dass sie seit Mitte der 1990er-Jahre an die Wirkkraft kommunaler Entwicklungszusammenarbeit geglaubt und nicht nachgelassen hat, bei offiziellen Anlässen, auf internationalen Konferenzen und mit eigenen Projektpartnerschaften erfolgreich dafür zu werben.



Hans-Christoph Boppel

Leiter Referat LV-EU – Klima, erneuerbare Energien,
Umweltwirtschaft, nachhaltige Entwicklung und
Verbraucherschutz in der Vertretung des Landes
Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union
Mitglied der Programmkommission der Servicestelle
Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von 2006 bis 2011

„DIE SKEW – EINE DER WICHTIGSTEN INNOVATIONEN IN DER GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT“

Wer die Anfänge der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) kennt und heute – im Herbst 2016 – nach längerer Pause mal wieder auf deren Website schaut, kommt aus dem Staunen nicht heraus über die Vielfalt der Aktivitäten und die Größe des Teams. Es erscheint fast wie ein entwicklungspolitisches Wunder, was da aus kleinen Anfängen heraus alles entstanden ist. Dabei waren die Rahmenbedingungen keinesfalls einfach: Seit der Gründung der SKEW waren (und sind) mit Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dirk Niebel und Dr. Gerd Müller drei sehr unterschiedliche Entwicklungsministerinnen bzw. -minister aus drei verschiedenen Parteien im Amt. Aber alle drei haben – trotz ihrer ganz unterschiedlichen Auffassung von Entwicklungspolitik – den Aufstieg der SKEW unterstützt oder zumindest nicht behindert.

Dazu kam ein kompliziertes Trägerumfeld: von der Mutter Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) 2011 als Waise zurückgelassen, vom Stiefvater Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) lustlos für kurze Zeit beherbergt und schließlich 2012 in der neu gegründeten Wohngemeinschaft Engagement Global gelandet, genießt die SKEW seitdem die Unterstützung und die Freiheit, die sie braucht, um sich weiter zu entfalten. Ein bisschen anstrengend, vielleicht gelegentlich sogar chaotisch waren diese Zeiten der permanenten Umorganisation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon – und deshalb Gratulation an alle Beteiligten und insbesondere das Spitzenpersonal der SKEW, wie bravourös das SKEW-Kanu durch die Klippen gesteuert wurde. Man kann im Wildwasser auch untergeh'n.

Ein Blick zurück: Schon im Vorfeld der Gründung im Dezember 2001 galt es, Widerstände und Zwistigkeiten zu überwinden. Die größte Herausforderung war es wohl, Bund, Länder, kommunale Spitzenverbände und Zivilgesellschaft in eine gemeinsame Struktur und – was Bund und Länder angeht – auch in eine gemeinsame Finanzierungsverantwortung zu bringen. Zur historischen Wahrheit gehört, dass die Zivilgesellschaft 2001 auf ein anderes Modell setzte: Sie wollte unter dem Dach der von Albrecht Hoffmann gegründeten Agenda-Transfer Teil eines Konsortiums mit den staatlichen Partnern sein. Doch es kam zu einer rein staatlichen Lösung. Damals empfanden viele NGO-Aktivistinnen und -Aktivisten die Gründung der SKEW wie einen Ideenklau und eine Enteignung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Doch die Zeit heilt viele Wunden. Heute ist die SKEW ein geschätzter Partner vieler Nichtregierungsorganisationen.

Als ich Anfang 2006 meinen Platz als Vertreter der deutschen Länder in der Programmkommission einnahm, war diese erste, schwierige Etappe schon absolviert. Ulrich Nitschke war in der Gründungs- und Aufbauphase bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2008 der dominierende und formgebende Akteur, der nach außen die überlebensnotwendige Anerkennung und Unterstützung der Politik sicherte und der SKEW zugleich nach innen Struktur gab. Aber der Charismatiker war nicht allein, er hatte mit Anita Reddy, Michael Marwede, Dr. Stefan Wilhelmy, Claudia Leuschner, Renate Wolbring und anderen ein starkes Team an seiner Seite.

Die Zeit meiner Mitwirkung in der Programmkommission habe ich als Orientierungs- und Expansionsphase erlebt, in der sich die SKEW finden und am „Markt“ behaupten musste. Dem Gremium gehörten neben Ulrich Nitschke (später: Anita Reddy) als Leiter der SKEW und mir selbst als Vertreter der Länder auch Monika Allramseder (später: Klaus Krämer) für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Petra Leber (agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine

Welt-Landesnetzwerke in Deutschland) als NGO-Vertreterin und Walter Leitermann (später: Sabine Drees) für die kommunalen Spitzenverbände an. Ein heterogenes Grüppchen, nicht immer auf einer Wellenlänge und schon gar nicht immer einer Meinung. Aber trotz gelegentlichem Dissens in der Sache gab es immer konstruktive, ergebnisorientierte Diskussionen und eine achtsame Haltung.

Am Anfang standen Debatten über das Selbstverständnis des Gremiums. Sollte es nur eine Runde zum Abnicken der vorgelegten, meist schon in der Umsetzung befindlichen Jahresplanungen sein? Oder ein echtes Entscheidungsgremium, das auch Korrekturen am Kurs der SKEW vornehmen und ein Stück die praktische Arbeit beeinflussen konnte? Was am Ende in der Praxis herauskam, war eine gelungene Mischung beider Extreme: eine Art wohlwollende Ex-Post-Kontrolle mit gelegentlichen Eingriffen ins operative Geschäft. In diese Zeit fällt auch eine Änderung der Spielregeln: Dass das BMZ – obwohl Hauptgeldgeber – am Anfang kein Stimmrecht hatte, sondern nur mit beratender Stimme am Tisch saß, war sinnwidrig und wir haben es bald geändert.

Immer wieder flammte die Frage der Abgrenzung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren auf. Ich hatte – zusammen mit Petra Leber – entschieden die Auffassung vertreten, dass die SKEW als staatliche Institution nicht in die Rolle eines quasizivilgesellschaftlichen Akteurs schlüpfen darf. Das wurde – *cum grano salis* – auch immer so praktiziert. Dieses Thema besteht bis heute fort und berührt die Rolle von Engagement Global insgesamt. Nicht immer ist die Abgrenzung einfach.

Intensive Debatten gab es auch über die Aufgabenschwerpunkte und Weiterentwicklung der SKEW, insbesondere im Hinblick auf die Themen Migration und Integration. Spätestens ab 2006 war das Thema der Diaspora aus Entwicklungsländern, insbesondere aus Afrika, in den entwicklungspolitischen Fokus geraten. Wo, wenn nicht in den Kommunen, konnte der Ort sein, wo dies praktisch in Erscheinung trat! Die Versuchung war groß, sich auch am Thema Integration abzuarbeiten, aber am Ende stand der Konsens, dass Migration und Integration zwar zwei Seiten der gleichen Medaille sind, aber sich die SKEW auf den Migrationsaspekt fokussieren und die Integrationsaufgaben den Organisationen überlassen sollte, die dafür eigene Legitimation und Kompetenz mitbringen.

Ein bestimmendes Thema für die SKEW in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre war der Faire Handel und zunehmend auch die Faire Beschaffung seitens der öffentlichen Hand. *Fair trade* und der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ wurden ein Markenzeichen der kommunalen

Entwicklungszusammenarbeit, bis heute untrennbar verbunden mit dem Namen Michael Marwede. Auch der Klimaschutz als globale Herausforderung geriet immer mehr in den Fokus.

Aus der Rückschau betrachtet hat sich in diesen Jahren ab 2005 die Kommunale Entwicklungspolitik von einem manchmal belächelten *nice to have* zu einem essenziellen Schauplatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weiterentwickelt. Inzwischen arbeiten mehr als 3.000 Kommunen in Deutschland lokal an den globalen Herausforderungen, sie waren und sind engagiert bei der Umsetzung der Lokalen Agenda 21, der Millenniumsziele und der *Sustainable Development Goals* (SDGs) und bilden durch ihre Partnerschaften mit Kommunen des Südens lebendige Brücken für das Zusammenwachsen einer solidarischen Einen Welt.

Während heute die Entwicklungspolitik auf nationaler und globaler Ebene in einer Identitätskrise ist und gerade die europäische Entwicklungszusammenarbeit zu einer Magd der Außen- und Sicherheitspolitik mit dem primären Ziel der Migrationsabwehr zu werden droht, ist die kommunale Entwicklungszusammenarbeit von dieser Sinn- und Wirksamkeitskrise nicht betroffen. Sie geht eher gestärkt aus den aktuellen Entwicklungen hervor, weil sie *on the ground* und im Hier und Jetzt wirkt.

Das Narrativ für die Erfolgsgeschichte der SKEW heißt nicht: „Die SKEW ist mit dem ‚Markt‘ gewachsen und hat sich geschickt an die Bedürfnisse ihrer Zielgruppen angepasst.“ Vielmehr hat sich die SKEW durch ihre Arbeit diesen wachsenden „Markt“ ein gutes Stück weit selbst geschaffen, weil sie Pionier und Impulsgeber für viele kommunale Aktivitäten war und ist.

„Eine der wichtigsten entwicklungspolitischen Innovationen in der Geschichte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ hat Bernd Schleich, der ehemalige Geschäftsführer von InWEnt, die Gründung der Servicestelle anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens genannt. Dieser Einschätzung schließe ich mich an, verbunden mit großer Anerkennung für Ulrich Nitschke, seine Nachfolgerin bzw. seinen Nachfolger Anita Reddy und Dr. Stefan Wilhelmy und für das ganze prächtige Team der SKEW.



Dr. Carola Stein

Leiterin Referat 316 – Grundsatzfragen der Entwicklungspolitik,
Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz
Mitglied des Programmbeirates der Servicestelle Kommunen in
der Einen Welt (SKEW)
Vorsitzende des Programmbeirates der SKEW von 2009 bis 2016

DER BLICK AUF EIN BUNDESLAND

Die SKEW in Rheinland-Pfalz

In den vergangenen Jahren wurde die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) zu einem immer wichtigeren Partner für die Entwicklungspolitik des Landes Rheinland-Pfalz. Kaum eines der größeren landesweiten entwicklungspolitischen Projekte, die in den vergangenen Monaten durchgeführt wurden (oder noch werden), wäre ohne die Unterstützung der SKEW denkbar. Dabei sind nicht nur die finanziellen Aspekte eine große Hilfe, sondern auch die fachliche Hilfestellung und Begleitung.

Ganz oben auf der Liste der gemeinsamen Aktivitäten steht das Thema Beschaffung. Im Rahmen des Projektes „Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein“ werden Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen darin geschult, die öko-soziale Beschaffung in der kommunalen Praxis umzusetzen. Die Seminare behandeln Themen wie rechtliche und politische Rahmenbedingungen, die Relevanz von Sozial- und Umweltstandards, die Wirtschaftlichkeit der öko-sozialen Beschaffung, die Bedeutung von

Sozial- und Umweltzeichen und deren Nachweis sowie die Entwicklung sozialer und ökologischer Ausschreibungskriterien für ausgewählte Produktgruppen. Über 30 Kommunen haben mittlerweile an den Schulungen teilgenommen, die Reaktionen sind durchweg positiv. Dieses ursprünglich als Pilotprojekt konzipierte Programm fand mittlerweile auch das Interesse anderer Bundesländer.

Eine gute Grundlage für dieses Beschaffungsprojekt stellte eine landesweite Studie zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen dar. Alle Städte, Gemeinden und Landkreise wurden mit Unterstützung der SKEW in einer landesweiten Umfrage nach ihren bestehenden entwicklungspolitischen Aktivitäten, den möglichen Hemmnissen für ein solches Engagement und ihrem gewünschten Unterstützungsbedarf befragt. Es war das erste Mal, dass es in Rheinland-Pfalz eine strukturierte Übersicht über das doch sehr heterogene entwicklungspolitische Engagement der Kommunen gab. Ein Ergebnis dieser sehr aufschlussreichen Studie war unter anderem die Auswahl der Kommunen für das Projekt „Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein“. Diese Kommunen hatten dezidiert Unterstützungsbedarf im Bereich der öko-sozialen Beschaffung geäußert.

Auch beim Handlungsfeld Global Nachhaltige Kommune wird Rheinland-Pfalz sich beteiligen. Im Unterschied zu einigen anderen Bundesländern wird hier eine ganze Region als „Modellregion“ ausgewählt, um durch eine Vernetzung der beteiligten Kommunen die Nachhaltigkeitsstrategien noch stärker vor Ort zu verankern. Nachdem in Rheinland-Pfalz bereits seit 1996 kommunales Nachhaltigkeitsmanagement gefördert wird, ist dieser Ansatz nun eine willkommene Gelegenheit, verstärkt auch entwicklungspolitische Aspekte wie die nachhaltige Beschaffung, entwicklungspolitische Bildungsarbeit oder internationale Partnerschaften mit einzubeziehen.

Aber nicht nur die Landesregierung profitiert von den Programmangeboten der SKEW. Auch für die einzelnen rheinland-pfälzischen Kommunen sind sie sehr interessant, sei es im Rahmen der Dreieckspartnerschaften europäischer mit afrikanischen Kommunen, dem Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ oder dem Netzwerk „Nachhaltige Beschaffung“ der SKEW. In der Stadt Mainz lief 2016 darüber hinaus ein Projekt zur Anpassung ihrer Beschaffung. Die Stadt Mainz besitzt einen zentralen elektronischen Einkaufskatalog, der durch eine Überarbeitung eine stärkere Ausrichtung und Sichtbarkeit für nachhaltige Produkte erhalten hat. Im Rahmen des Projektes wurde für die Produktgruppe der Büromaterialien ein Bewertungssystem erarbeitet, das den kommunalen Beschaffern bei ihrem Einkauf für jedes gelistete Produkt unterschiedliche Handlungsoptionen transparent aufzeigt. Hierfür wurden die

verschiedenen Produkte anhand ihrer Umwelt- und Sozialeigenschaften in eine gewichtete Rangfolge gebracht. Die SKEW förderte dieses Pilotprojekt.

Die neuen Förderinstrumente der SKEW (zum Beispiel der „Kleinprojektfonds“ oder die „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“) werden die Möglichkeiten der rheinland-pfälzischen Kommunen, sich im Bereich der Entwicklungspolitik zu engagieren, deutlich verbessern, da sie gezielt an den größten Hemmfaktoren für ein Engagement der Kommunen ansetzen – nämlich der Mittelknappheit und dem Personalmangel. Hier verspreche ich mir für die rheinland-pfälzischen Kommunen einen deutlichen Mehrwert.

Rückblickend betrachtet ist die SKEW heute genau das, was wir uns als Bundesländer mit ihrer Gründung vor 15 Jahren erhofft haben: eine sehr kompetente, schlagkräftige und finanzstarke Einrichtung, die den Kommunen in ihrem entwicklungspolitischen Engagement zur Seite steht. Ich denke, es ist in weiten Teilen der Arbeit der SKEW zu verdanken, dass Nachhaltigkeits- und entwicklungspolitische Themen heute in vielen Kommunen ein selbstverständliches Anliegen ihrer Politik geworden sind.



© Andreas Grasser



© Barbara Frommann

Anita Reddy

Abteilungsleiterin der SKEW von 2008 bis 2012
Bereichsleiterin für die SKEW von 2012 bis 2016

Dr. Stefan Wilhelmy

Mitarbeiter der SKEW seit 2007
Abteilungsleiter der SKEW von 2012 bis 2016
Bereichsleiter der SKEW seit 2017

VON 2008 BIS HEUTE – DYNAMISCHER AUSBAU DER SERVICEANGEBOTE FÜR KOMMUNEN

Unser gemeinsamer Rückblick auf die Jahre seit 2008 zeigt, dass die Servicestelle sowohl ihre Inhalte und Aufgaben als auch den Kreis ihrer Ansprechpersonen und Mitarbeitenden beständig erweitern konnte. Wie gelang dieser umfangreiche Ausbau?

Maßgeblich ist aus unserer Sicht vor allem anderen, dass die grundlegende Idee einer kommunalen Entwicklungspolitik als Ergänzung und Erweiterung staatlicher Entwicklungszusammenarbeit trägt und deren positive Wirkung national und international zunehmend Anerkennung findet: Kommunen haben spezifische Kompetenzen und Zuständigkeiten, die für die Lösung zentraler Entwicklungsfragen von elementarer Bedeutung sind. Im Kern: Sowohl als (Mit-)Verursacher nicht nachhaltiger Entwicklung wie als Problemlöser ist die kommunale Ebene unverzichtbar. Zur Erreichung der globalen Entwicklungsziele

werden die Kommunen also zwingend gebraucht. Daher macht es auch Sinn, sie entsprechend durch den Bund und die Länder politisch und finanziell zu unterstützen.

Die Gründer des Zentrums für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) haben dies früh erkannt und vor 20 Jahren mit außergewöhnlichem Engagement, beharrlicher Durchsetzungskraft und bemerkenswerter Weitsicht die grundlegenden Strukturen in Bonn geschaffen. Es war damals ein noch sehr überschaubarer Kreis an Personen, von denen einige in dieser Broschüre zu Wort kommen. Wer aber die leidenschaftlichen, mitunter auch hitzigen, immer aber sehr kenntnisreichen Diskussionen miterleben durfte – wenn zum Beispiel bei den Redaktionsitzungen zu den Abschlusserklärungen der Bundeskonferenzen bis tief in die Nacht um strategische Richtungsaussagen wie um einzelne Formulierungen gerungen wurde –, hat eine Vorstellung davon, wie nachdrücklich und klug diese Personen ihr Herzensanliegen bei Bund und Ländern vorgebracht haben. Auf diesem Fundament fünf Jahre später mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) eine professionelle Struktur zu gründen, war dann zwar noch kein automatischer, aber doch logischer nächster Schritt. Es war für die SKEW ein Glücksfall, dass ihr bei ihrer Gründung eine breite Beteiligungsstruktur aus Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden und Zivilgesellschaft ins Stammbuch geschrieben wurde. Aus dieser Grundstruktur entwickelten sich die übergeordneten **Prinzipien und Leitlinien** unserer Arbeit, die für die Begegnung und das Zusammenwirken mit unseren Partnerinnen und Partnern in all unseren Themenbereichen grundlegend sind: Gleichberechtigung und Begegnung auf Augenhöhe sowie die partnerschaftliche Orientierung und Einbindung aller Akteure in unsere Projekte und Vorhaben.

Doch auch die **politischen Rahmenbedingungen** unserer Arbeit mussten weiterentwickelt werden. Dabei war der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) im Jahr 2008 für die SKEW entscheidend, der die Neudefinition der Aufgaben aller politischen Ebenen in der Entwicklungspolitik veranlasste, um „die partnerschaftlichen Aktivitäten der Kommunen mit Entwicklungsländern verstärkt zu fördern“². In die Umsetzung gelangte die politische Zielsetzung der MPK durch den „Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008 zur Kommunalen Entwicklungspolitik“ vom 7. Juni 2010 durch die Einrichtung einer sogenannten *task force*. Diese Arbeitsgruppe vereinbarte sich auf verschiedene

2 www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/wege_und_akteure/Beschluss_BLA_EZ_KEpol_110526.pdf [letzter Zugriff 17.10.2016].

Umsetzungsschritte, darunter die Einführung eines eigenen Titels im Bundeshaushalt zur „Förderung des kommunalen Engagements“, was 2013 gelang. Entscheidende Impulse setzte in diesem gesamten politischen Diskussionsprozess 2009 die Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ (vgl. den Beitrag von Dr. Jürgen Wiemann), der wiederum 2007 die vergleichende Studie „Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern – Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien“ vorausgegangen war und die im SKEW-Beirat den Wunsch auslöste, das DIE mit einer entsprechenden deutschen Studie zu beauftragen. Die Kernaussage der genannten Studien und Beschlüsse lautete: Mit der Entwicklung eines neuen Verständnisses von Kommunalentwicklungspolitik im Rahmen des Mehrebenenansatzes sollte der sich verändernden globalen Architektur³ der Entwicklungspolitik Rechnung getragen werden. Zugleich ging es darum, die Potenziale und Stärken der Kommunen in der Entwicklungspolitik und die Relevanz des kommunalen Handelns im Inland zu nutzen, denn die Auswirkungen der Aktivitäten deutscher Kommunen auf Entwicklungsländer waren und sind enorm – in vielen Themenbereichen.

Damit kommen wir zu den großen Themen, bei denen wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern in den letzten acht Jahren vieles und viele bewegen konnten. Es sind zentrale, kommunale Handlungsfelder, für die wir zahlreiche, bedarfsorientierte Projekte und Maßnahmen entwickelt haben: Fairer Handel und Faires Beschaffungswesen, Kommunale Partnerschaften, die Global Nachhaltige Kommune sowie Migration und Entwicklung.

Im Bereich des **Fairen Handels** sind die deutschen Kommunen bedeutende Impulsgeber, die durch ihre wirtschaftlichen Entscheidungen als öffentliche Auftraggeber viel bewirken können, denn Städte, Gemeinden und Landkreise verantworten etwa die Hälfte der Summe, die bundesweit für die öffentliche Beschaffung durch Bund, Länder und Kommunen ausgegeben wird. Wer weiß, dass Faire Beschaffung zugleich wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit ist, kauft fair gehandelte Produkte und verzichtet auf Güter, die durch Kinderarbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden, und handelt somit verantwortungsvoll und nachhaltig. Wir können dieses stetig steigende Engagement deutscher Kommunen im Bereich des Fairen Handels nicht nur an der ebenso kontinuierlich wachsenden Zahl der an unserem Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ teilnehmenden Kommunen ablesen, sondern auch am Zuspruch, den unsere anderen Angebote in diesem Feld erfahren. So etwa

3 Siehe hierzu Millenniumsentwicklungsziele, Paris-Deklaration und Aktionsplan von Accra.

auch ein erst jüngst entwickeltes Instrument für Beschaffungsverantwortliche, der „Kommunale Kompass Nachhaltigkeit“, das als Informationsportal für die Einbindung nachhaltiger Kriterien in Ausschreibungen dient.

Auch in unserem vielgestaltigen Themenfeld der **Kommunalen Partnerschaften** nutzen wir die Möglichkeiten, die so nur die kommunale Ebene bietet: unmittelbare Begegnungen auf Augenhöhe und Bürgernähe – die Grundlagen für den Aufbau und Bestand partnerschaftlicher kommunaler Beziehungen, die interkommunalen Austausch von spezifischem Wissen und Erfahrungen ermöglichen. Ein gutes Beispiel hierfür ist unser Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, das wir im Jahr 2010 starteten. Der Fokus dieses Projekts liegt auf dem umfangreichen lokalen Know-how über die unterschiedlichen Erfahrungen der Kommunen mit Klimaschutz und Klimaanpassung. Was zunächst mit Kommunen aus Afrika und Deutschland begann, wurde in der zweiten Projektphase mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern aus Lateinamerika und der Karibik und in einem dritten Schritt mit Kommunen aus Asien fortgeführt.

Doch dieses Projekt sah sich, ebenso wie viele andere, der Herausforderung zur Finanzierung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit gegenüber. Hier markiert das Jahr 2012 einen wichtigen Entwicklungsschritt für unsere Arbeit: Kommunen und Kreise können seitdem erstmals eine finanzielle Förderung ihrer entwicklungspolitischen Partnervorhaben durch das „Förderprogramm für Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP) bei uns beantragen. Im Jahr danach folgte mit „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) eine weitere Option zur Bezuschussung kommunaler Partnerschaftsprojekte, die sich auf viele Themenbereiche erstreckt. Mit der jüngsten Einführung unseres Unterstützungsangebots „Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik“ im Jahr 2016 wurden die finanziellen Förderungsmöglichkeiten für Kommunen um eine dritte Zuschussmöglichkeit für neue Maßnahmen und Partnerschaften in der Kommunalen Entwicklungspolitik erweitert. Zudem können wir dank weiterer Programme auch die personelle Unterstützung der kommunalen entwicklungspolitischen Aktivitäten fördern.

Um die Vernetzung und den Austausch des spezifischen kommunalen Wissens zu mehren, haben wir auch verschiedene Veranstaltungsreihen ins Leben gerufen. Mit der Reihe „Regionalkonferenzen“ wollen wir den unmittelbaren Erfahrungsaustausch und die Vernetzung von Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und migrantischen Organisationen verstärken sowie Handlungsempfehlungen zu Themen der Kommunalen Entwicklungspolitik erarbeiten. Gleichzeitig bieten die Konferenzen eine prominente

Plattform, um das große ehrenamtliche kommunale Engagement anzuerkennen. Auch unser Angebot „Runde Tische zu kommunalen Partnerschaften“ fördert den kommunalen Austausch von Erfahrung; hier sprechen wir gezielt Partnerschaften in bestimmten Ländern und Regionen des Globalen Südens an. Zudem liegt der Fokus dieser Vernetzungsarbeit auf der Verbindung der deutschen Kommunen und der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure untereinander sowie auf der Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

Kommen wir zu unserem Zukunftsthema **Global Nachhaltige Kommune**, das der Implementierung und Umsetzung der Nachhaltigkeit als kommunales Querschnittsthema mehr Schubkraft verleihen soll. Nachhaltige Entwicklung ist ohne die lokale Ebene nicht realisierbar – der globale Ausdruck dessen ist die Anerkennung und Bedeutung, die der Kommunalen Entwicklungspolitik in der Agenda 2030 mit ihren nachhaltigen Entwicklungszielen, den *Sustainable Development Goals* (SDGs), zugesprochen wird. Deshalb bieten wir den Kommunen im Rahmen des Agenda-Prozesses und dessen Umsetzung Beratungen an, stärken Netzwerke und vermitteln Erfahrungen. Eines unserer Angebote ist die „Internationale Städte-Plattform für Nachhaltige Entwicklung – Connective Cities“, die städtischen Akteuren aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Möglichkeit zur hohen fachlichen Vernetzung mit Fachleuten in Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa bietet. Gemeinsam werden Projektideen und innovative Lösungen entwickelt, die in nachhaltige Stadtentwicklung und internationale Lernprozesse eingebracht werden.

Die internationale Perspektive ist auch unserem Themenfeld **Migration und Entwicklung** zu eigen. Hier begleiten wir Städte, Landkreise und Gemeinden, migrantische Organisationen und Eine-Welt-Akteure dabei, globale Themen auf die kommunale Agenda zu setzen. Die Einbindung der Kompetenzen und Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten trägt dabei zur Umsetzung von gemeinsamen Projekten und der interkulturellen Öffnung der Verwaltung bei. Um diese erfolgreiche Zusammenarbeit zu würdigen und mehr Menschen für ein Engagement im Bereich Migration und Entwicklung zu motivieren, entstand 2014 ein bundesweiter Wettbewerb, der das gemeinsame entwicklungspolitische Engagement von Kommunalverwaltungen, migrantischen Organisationen und Eine-Welt-Vereinen auszeichnet: „Kommune bewegt Welt – Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung“. Ein weiterer Ansatz, um die Erfahrung und Perspektiven migrantischer Akteure für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen, bietet unser Pilotprojekt „MiGlobe“. Hierbei beraten

migrantische, in der Entwicklungspolitik erfahrene Akteure interessierte Kommunen bei der interkulturellen Öffnung ihrer Kommunalen Entwicklungspolitik.

All dies und mehr konnten wir nur dank einer großen Zahl engagierter Menschen und Institutionen erarbeiten, deshalb gilt unser Dank all unseren Unterstützerinnen und Unterstützern!

Insbesondere danken wir den Mitgliedern unseres Programmbeirats und der Programmkommission, die für die breit fundierte Ausrichtung unseres Wirkens sorgen; unseren Kooperationspartnerinnen und -partnern, mit denen wir eine gemeinsame und gleichberechtigte Arbeit leisten können; und allen kommunalen Akteuren für ihre Bereitschaft, ihre wertvolle, praxisnahe Expertise zu teilen und zu mehren! Ganz ausdrücklicher Dank gilt dem tollen Team der SKEW-Mitarbeitenden mit ihren vielen Kompetenzen und ihrem oft außerordentlichen Einsatz und nicht zuletzt den vielen externen Mitarbeitenden, die unsere Arbeit schon viele Jahre lang engagiert begleiten.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit wird immer mehr zur Selbstverständlichkeit und ihre Bedeutung in unserer Welt wächst kontinuierlich. Der inhaltliche und geografische Radius unserer Arbeit vergrößert sich beständig – und wir freuen uns auf unser weiteres gemeinsames Wirken für die Kommunale Entwicklungspolitik!



Dr. Doris Witteler-Stiepelmann

Mitglied der Programmkommission der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) seit 2013
 Vorsitzende des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit von 2008 bis 2015
 Referatsleiterin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Länder, Kommunen, entwicklungspolitische Bildungsarbeit

WO STEHT DIE KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK UND WIE GEHT ES WEITER?

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) arbeitet derzeit mit deutlich mehr als 500 Kommunen zusammen. Zugleich ist die Zusammenarbeit mit den meisten dieser Kommunen intensiviert worden: Viele engagieren sich in mehr als einem Themenfeld der Kommunalen Entwicklungspolitik oder pflegen teilweise mehrere Partnerschaften mit Kommunen in Entwicklungs- oder Schwellenländern.

Die Meilensteine dieser eindrucksvollen Entwicklung, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stets unterstützt wurde, werden in diesem Band dargestellt:

- von der Gründung des Zentrums für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) vor 20 Jahren und fünf Jahre später der SKEW unter Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul

- über die Beschlüsse des Deutschen Städtetages 2004, der Ministerpräsidenten der Länder 2008 und des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit 2010
- bis zur Einrichtung des eigenen Haushaltstitels für kommunales Engagement 2013 durch Bundesminister Dirk Niebel und
- und zuletzt der außerordentlich dynamischen Fortentwicklung des kommunalen Ansatzes durch Bundesminister Dr. Gerd Müller mit seinem Parlamentarischem Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel.

2016 wurden im Titel zur Förderung des kommunalen Engagements bereits 14 Millionen Euro gegenüber fünf Millionen Euro zu Beginn der Legislaturperiode und 2,5 Millionen Euro 2012 (vor Einrichtung des Titels) bereitgestellt. Dieser Mittelaufwuchs erlaubt es nun, die kommunale Zusammenarbeit mithilfe neuer Programme und neuer Instrumente auf ein völlig neues Niveau zu heben. Die SKEW ist für das BMZ dabei das zentrale Scharnier für die Zusammenarbeit mit unserem „Exzellenzpartner“ Kommune.

Wir sind gut vorangekommen. Mit der Gründung des ZKEs vor 20 Jahren wurde hierfür der entscheidende Grundstein gelegt – dem Gustav-Stresemann-Institut und der Stadt Bonn gebührt dafür hohe Anerkennung. 20 Jahre sind ein guter Anlass, um einen Blick nach vorn zu wagen. Mit 20 ist der Mensch jung und dynamisch. Dynamik und Tatkraft, aber auch ihre sorgsam aufgebaute Erfahrung wird die SKEW in den kommenden Jahren benötigen, um ihre wachsenden Aufgaben zu bewältigen.

In den Kommunen bündeln sich die Chancen und Herausforderungen einer global nachhaltigen Entwicklung: Sie sind lokale Lebensräume für den Einzelnen und dynamische Wachstumszentren ganzer Gesellschaften. Städte sind aber auch die Orte, in denen 70 Prozent aller Treibhausgasemissionen anfallen, in denen 2050 über 70 Prozent der dann auf 9,7 Milliarden Menschen angewachsenen Weltbevölkerung leben werden. Von den derzeit rund 65 Millionen Flüchtlingen weltweit leben 50 Prozent bereits jetzt in urbanen Zentren. In den Kompetenzen der Städte und Kommunen liegt aber auch ein Schlüssel für die Bewältigung dieser Herausforderungen.

Die große Bedeutung der Städte und Kommunen wird international und national zunehmend gesehen und ihre Verantwortung für die globale Entwicklung eingefordert. Die Agenda 2030 aus dem Jahr 2015 widmet eines ihrer 17 Ziele, das Ziel 11, der nachhaltigen Entwicklung von Städten. Unstrittig ist darüber hinaus, dass auch die übrigen Ziele nicht ohne das Zutun von Kommunen zu erreichen sind. Für Ziel 17 – Partnerschaften – haben Kommunen eine besondere Verantwortung: Sie können globale Partnerschaft

lokal unterlegen, erlebbar und glaubwürdig machen. Die „New Urban Agenda“, die im Oktober 2016 auf der dritten HABITAT-Konferenz verabschiedet wurde, gibt Leitlinien für die Stadtentwicklung. Der Deutsche Bundestag hat mit seinem Beschluss vom Juni 2015 „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ die Bundesregierung aufgefordert, die Zusammenarbeit deutscher Kommunen mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern stärker zu fördern.

Daraus entstehen auch für deutsche Kommunen eine neue Verantwortung und eine neue Rolle in der Entwicklungspolitik. Kommunale Entwicklungspolitik muss endgültig aus ihrer Nische heraus und in den Alltag des kommunalen Handelns hineinkommen. Kommunale Entwicklungspolitik muss – obwohl freiwillige Aufgabe – Normalität werden, ebenso wie Städtepartnerschaften mit Frankreich, Großbritannien oder Polen zum kommunalen Alltag geworden sind.

Die Kommunen dabei zu unterstützen, diese Rolle zu erkennen, anzunehmen und auszufüllen, ist die anspruchsvolle Aufgabe, die auf die SKEW zukommt. Sie ist dafür bereits gut aufgestellt, die Weichen sind gestellt:

- Wenn Kommunen zunächst zu Hause beginnen wollen, lokal zu denken, aber global zu wirken, stehen die Angebote in den Handlungsfeldern Global Nachhaltige Kommune, Fairer Handel und Faire Beschaffung sowie Migration und Entwicklung zur Verfügung.
- Wenn Kommunen mit der Partnerschaftsarbeit einen Schritt weitergehen wollen, sind sie eingeladen, sich an einem oder mehreren der thematischen und regionalen Programme zu beteiligen – wie das erfolgreiche Programm „Kommunale Klimapartnerschaften“, das neue Programm der „Kommunalen Nachhaltigkeitspartnerschaften“, die – im Rahmen der Londoner Syrien-Konferenz zu Beginn des Jahres 2016 aufgelegte – Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ sowie das Sonderprogramm für die Ukraine.
- Wenn Kommunen auch auf internationaler Ebene eine Stimme haben wollen und sollen, kann die SKEW – wie zuletzt bei der HABITAT-Konferenz geschehen – unterstützen.

Die neuen Instrumente wie der „Kleinprojektfonds“ und die Initiative „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ senken die Einstiegsschwelle und helfen bei der systematischen Verankerung der Entwicklungspolitik in der jeweiligen Kommune.

Ich bin außerordentlich zuversichtlich, dass die SKÈW diese anspruchsvolle Aufgabe wird meistern können. Wichtig ist, dass sie trotz allen Aufwuchses die in diesem Band auch an anderer Stelle hervorgehobenen wesentlichen Faktoren ihres Erfolgs bewusst beibehält und fortentwickelt:

- die enge institutionelle Kooperation mit den deutschen Ländern, den Spitzenverbänden und der Zivilgesellschaft, die von vornherein ein herausragendes Merkmal der SKEW war. Das schafft nicht zuletzt Legitimität;
- die Nähe zu den Kommunen und ihre systematische Einbeziehung in die Entwicklung neuer Programme und Instrumente;
- die Kreativität und Flexibilität, um auf aktuelle Situationen wie den Tsunami, heute die Flüchtlingsbewegung in Nahost zu reagieren und adäquate Programme aufzubauen sowie
- das hoch motivierte und kompetente Team.

Neue Formen der Kooperation mit nationalen und internationalen entwicklungspolitischen Akteuren werden hinzukommen bzw. ausgebaut werden müssen, um vor Ort Synergien zu schöpfen und noch mehr Wirksamkeit zu erzielen. Kommunale Unternehmen sollten in Zukunft ebenso regelmäßig in die kommunale Kooperation mit einbezogen werden wie die Zivilgesellschaft.

Es wurde viel erreicht, die Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland ist ohne die kompetente Arbeit der SKEW in ihrer heutigen Form nicht denkbar. Dafür ist den weitsichtigen Gründungsvätern und -müttern des ZKEs und der SKEW, denjenigen, die den Ausbau vorangetrieben und auf ein neues Niveau gehoben haben, und vor allem der SKEW, stellvertretend für das gesamte Team den drei Leitungen Ulrich Nitschke, Anita Reddy und Dr. Stefan Wilhelmy, sehr zu danken!

Auf die weitere Zusammenarbeit und die Bewältigung der neuen Herausforderungen in den nächsten Jahren freue ich mich schon sehr.



KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT WEITER DENKEN

Ein Zwischenruf anlässlich der Jubiläen von Engagement Global
und ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die deutschen Kommunen übernehmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit unverzichtbare Aufgaben. Dies gelingt nur gemeinsam mit starken Partnern. Engagement Global hat sich zusammen mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in den letzten Jahren als kompetenter, zuverlässiger und starker Partner für die in der Entwicklungszusammenarbeit aktiven Kommunen etabliert. Durch Information, Beratung, Projektentwicklung, Förderung und Austausch unterstützen sie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Länder die Städte, Landkreise und Gemeinden wesentlich in ihrem internationalen Engagement. Die kürzlich erfolgte Aufstockung von Mitteln und die Ausdehnung der Fördermaßnahmen sowie die umfassenden Beratungsangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt oder die aufsuchende Betreuung von Kommunen werden die Arbeit und das Engagement der Städte, Landkreise und Gemeinden für die Eine Welt weiter befördern.

Entwicklungszusammenarbeit ist – nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der Fluchtursachenbekämpfung – auf das internationale Engagement der deutschen Kommunen angewiesen. Die Städte, Landkreise und Gemeinden sind bereit, ihren Beitrag durch aktive Partnerschaften, Projekte und Wissenstransfers zu leisten. Dieser lokale Beitrag impliziert, dass die kommunale Ebene in Entscheidungsprozesse miteinbezogen wird und ihre Stimme Gewicht hat.

Die Servicestelle innerhalb von Engagement Global fungiert hier als zentrale Schnittstelle, um die Arbeit bereits aktiver Kommunen zu stützen wie auch, um neue Städte, Landkreise und Gemeinden für ein internationales Engagement zu gewinnen. Ohne Engagement Global und ihre Servicestelle hätte die kommunale Entwicklungszusammenarbeit – sowohl qualitativ als auch quantitativ – nicht in dem Umfang wachsen können, wie dies in den vergangenen Jahren geschehen ist. Insbesondere die transparente Abbildung und Aufbereitung von Angeboten zur Förderung der Entwicklungszusammenarbeit bedarf weiterhin großer Aufmerksamkeit, damit die auf Bundes- und Landesebene beschlossenen Maßnahmen auch vor Ort in den Kommunen ankommen und effizient eingesetzt werden können.

In den Jahren seit der Geburtsstunde von Engagement Global vor fünf Jahren hat sich viel getan. Die Wahrnehmung der Städte, Landkreise und Gemeinden als aktive und maßgebliche Akteure der Entwicklungszusammenarbeit hat deutlich zugenommen. Die Sichtbarkeit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit erhöht zu haben, ist zweifelsfrei auch ein Verdienst von Engagement Global und ihrer Servicestelle. Städte, Landkreise und Gemeinden können innerhalb der vorhandenen Gremien- und Beiratsstrukturen Impulsgeber sein und mitentscheiden. Bei der Entwicklung neuer Projektformate werden sie umfangreich beteiligt. Wichtig ist auch für die Zukunft eine programmnahe Beteiligungsstruktur, die gewährleistet, dass durch eine frühzeitige Einbindung der Kommunen und ihrer Vertretungen bedarfsorientierte und praxisgerechte Formate entwickelt werden. Letztlich sind es die Kommunen sowie die lokalen Institutionen und Vereine, auf deren Engagement und Knowhow es bei der Entwicklungszusammenarbeit ankommt. An dieser bewährten Struktur der kommunalen Einbindung sollte deshalb festgehalten werden.

Nachhaltigkeit und Entwicklung sind eng miteinander verbunden. Kommunen sind dabei wesentliche Akteure und die treibende Kraft zur Erreichung der globalen und nationalen Nachhaltigkeitsziele. Mit der im September 2015 von



den Vereinten Nationen verabschiedeten 2030-Agenda gewinnt das Engagement der Kommunen in der Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik weiter an Bedeutung.

Inhaltlich hat sich das Zusammenspiel von Nachhaltigkeit und Entwicklung innerhalb von Engagement Global und der Servicestelle und anderen staatlichen Durchführungsorganisationen besonders gut entwickelt. Für die Kommunen in Deutschland hat es sich bewährt, im Aktionsfeld „Nachhaltigkeit“ jetzt auch in der Engagement Global sowohl einen direkten Ansprechpartner zu haben, als auch dort auch unmittelbar vertreten zu sein. Nachhaltigkeit berührt alle Sektoren kommunalen Handelns, von der fairen Beschaffung über Bildung, Stadtentwicklung, Klimaschutz etc. bis hin zu globalen Partnerschaften und zur Integration von Flüchtlingen, die in Deutschland Schutz vor Krieg und politischer Verfolgung suchen. Engagement Global und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützen Kommunen dabei, ihre Arbeit in globaler Verantwortung auszurichten und zu gestalten, zum Beispiel durch die Einbettung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien in internationale Agenden der Vereinten Nationen (VN) wie die Agenda 2030, Habitat III oder die VN Klimakonferenz 2015 (Paris) und ihrer Folgekonferenzen. Hierbei wünschen wir uns auch eine stärkere Einbeziehung kommunaler Vertreter in entsprechende nationale Delegationen.

Innerhalb der Gremien von Engagement Global und Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist parallel zum Bedeutungszuwachs kommunaler Entwicklungszusammenarbeit auch das gegenseitige Verständnis der politischen Ebenen füreinander gewachsen. Die Arbeit der Engagement Global hat vielfach modellhaften Charakter für die gute zielgerichtete Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Eine systematische Einbindung der Kommunen in alle kommunalrelevanten Vorhaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und anderer Ministerien sowie ihrer Durchführungsorganisationen ist wünschenswert ebenso wie eine stärkere Einbindung der kommunalen Partner aus dem Globalen Süden in die Gestaltung von Projektformaten förderlich sein könnte. Es gilt, diese Form der horizontalen und vertikalen Kooperation zu verstetigen und weiter auszubauen, die Sichtbarkeit der Kommunen in politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu stärken, die etablierten Service- und Beratungsangebote auch für kommunalrelevante Maßnahmen anderer Ministerien zu öffnen und interministerielle Verfahren zu entwickeln, die das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen in den verschiedenen Politikfeldern von Nachhaltigkeit und Entwicklung noch weiter stärkt.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit entsteht vor Ort – aus der kommunalen Selbstverwaltung und den lokalen Strukturen heraus. Die Städte, Landkreise und Gemeinden sind Ideengeber für die Arbeit von Engagement Global und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Ein Wesensmerkmal der Organisationen ist die paritätische Einbeziehung von Interessen und Bedarfen aller politischen Ebenen. Die Ausgestaltung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ist kein Status quo, sondern ein Prozess. Für die Städte, Landkreise und Gemeinden bekleiden die Engagement Global und ihre Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hierbei zentrale Positionen. Die Unterzeichner treten dafür ein, die zur Stärkung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland getanen Schritte in die richtige Richtung weiter zu verfolgen und der kommunalen Stimme auch in Zukunft angemessen Gehör zu verschaffen. Die Angebote für kommunale Entwicklungsarbeit an den Ideen, Möglichkeiten und Bedarfen der Städte, Landkreise und Gemeinden auszurichten, muss vornehmstes Ziel sein.

Helmut Dedy
Geschäftsführendes
Präsidentmitglied
Deutscher Städtetag

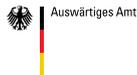
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Geschäftsführendes
Präsidentmitglied
Deutscher Landkreistag

Dr. Gerd Landsberg
Geschäftsführendes
Präsidentmitglied
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. Kay Ruge
Generalsekretär
Rat der Gemeinden und Regionen
Europas/Deutsche Sektion



Niedersachsen



EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.



giz



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engage-ment Global gGmbH wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Durch unsere Gremien Programmbeirat und Programmkommission beteiligen wir unsere Förderer und Kooperationspartner an der Fortentwicklung der SKEW. Unter Mitwirkung: Freistaat Bayern, Land Berlin, Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Niedersachsen, Saarland, Land Schleswig-Holstein, Freistaat Thüringen, Gemeinde Aidlingen, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Bundesstadt Bonn, DBB Beamtenbund und Tarifunion, DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V., Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH, Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Stadt Freiburg im Breisgau, Stadt Jena, Stadt Karlsruhe, Stadt Köln, Landeshauptstadt München, Stadt Nürnberg, Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Kreis Steinfurt, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-regierungsorganisationen e. V.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7 · 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 · 53047 Bonn

Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung